

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

hier: Haushaltsgesetz und Personalhaushalt

Berichterstatter Abgeordneter Trinius SPD (Haushaltsgesetz)
Abgeordneter Dautzenberg CDU (Personalhaushalt)

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 - Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540 - sowie Vorlage 10/786 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

"§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 wird in Einnahme und Ausgabe auf 59 814 025 200 Deutsche Mark festgestellt."

Datum des Originals: 15.12.1986/Ausgegeben: 15.12.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 88 44 39, zu beziehen.

2. § 7 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes bzw. § 6 b des Landesrichtergesetzes freiwerdenden Stellen in Anspruch genommen werden

- a) zur Einstellung von Angestellten mit auf höchstens fünf Jahre befristeten Verträgen,
- b) zur unbefristeten Einstellung dann, wenn nach Beendigung der Teilzeitbeschäftigung gemäß § 78 b des Landesbeamtengesetzes oder § 6 b des Landesrichtergesetzes entsprechende Planstellen zur Verfügung stehen,
- c) abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers
 - zur unbefristeten Einstellung der 1984 und 1985 auf nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freigemachten Stellen befristet eingestellten Lehrer, und zwar mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre bei den 1984 eingestellten Lehrern und für die ersten drei Jahre bei den 1985 eingestellten Lehrern,
 - bis zu 280 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die in den Jahren 1980 bis 1984 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind sowie zur unbefristeten Einstellung bisher nebenberuflich beschäftigter Lehrer bei den Kapiteln 05 410 und 05 440 nach Festlegung durch den Kultusminister,
 - bis zu 300 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen; davon bis zu 200 Planstellen bei Kapitel 05 390, bis zu 90 Planstellen bei Kapitel 05 410 und bis zu 10 Planstellen bei Kapitel 05 440,
 - darüber hinaus mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags weitere Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei

Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen, soweit die freiwerdenden Stellen nicht durch Ersatzeinstellungen in Anspruch genommen worden sind.

§ 47 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung."

b) Es wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags bei Auflösung von Ersatzschulen und Fortführung des Schulbetriebs durch einen öffentlichen Schulträger die erforderlichen Planstellen und Stellen für Lehrer in dem jeweiligen Schulkapitel einzurichten."

c) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.

3. Die Anlagen 1 und 2 zum Haushaltsgesetz erhalten die aus den Anlagen zu diesem Bericht ersichtliche Fassung.

BerichtI. BeratungsverfahrenAllgemeines

Der Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Landtags am 17. September 1986 vom Finanzminister namens der Landesregierung eingebracht und in der Plenarsitzung am 18. September 1986 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß der Personalhaushalt einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" beraten wird.

Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses sind aus den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/651 und 10/791 - zu ersehen.

Die Beratung der Einzelpläne zum Haushaltsgesetz oblag den Fachausschüssen. Der federführende Haushalts- und Finanzausschuß hat sich abschließend am 11. Dezember 1986 damit befaßt. Einzelheiten über die Beratungsergebnisse sind aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 10/1421 bis 10/1434 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 am 25. September und 14. November 1986 beraten und in seiner Schlußsitzung am 11. Dezember 1986 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse - siehe die o. a. Berichte - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird auch auf den Bericht zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1987 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1987) - Drucksache 10/1252 - verwiesen.

Die von der Landesregierung vorgelegten Ergänzungen zum Haushaltsentwurf - Drucksachen 10/1470 und 10/1540 - sowie die Vorlagen 10/786 und 10/787 hierzu wurden in die Beratungen einbezogen.

II. Beratungsergebnisse

1. Haushaltsgesetz (Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540 sowie Vorlage 10/786)

Zu § 1

Die Änderung der Schlußsumme ergibt sich aus den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse und des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses. Auf die beigelegte Haushaltsübersicht (Anlage 1) wird verwiesen.

Zu § 7a Absätze 3 und 4

Die Neufassung des Absatzes 3 - hier Buchstabe c) sowie die Einfügung eines neuen Absatzes 4 entsprechen einstimmigen, von der Fraktion der SPD beantragten Empfehlungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Auf die Seiten 4 bis 7 der Vorlage 10/661, der Drucksache 10/1425 beigelegt, wird verwiesen. Sowohl die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" als auch der Haushalts- und Finanzausschuß haben die Änderungen einstimmig beschlossen.

Zu den Anlagen 1 und 2

Die Neufassung der Anlagen ist eine zwangsläufige Folge der Beschlüsse zur 2. Lesung des Haushalts.

Sonstige Beratungspunkte

Im Haushalts- und Finanzausschuß hat es darüber hinaus eine Diskussion um eine Anregung des Ausschusses für Innere Verwaltung gegeben, der auf Anregung der CDU-Fraktion um Prüfung gebeten hatte, ob in § 7 des Haushaltsgesetzes als neuer Absatz 11 eine Ermächtigung aufgenommen werden sollte, die eine Ausschöpfung der Anteile der Beförderungsjahrgänge für den mittleren Polizeivollzugsdienst dann ermöglicht, wenn die Obergrenzenverordnung für den Polizeivollzugsdienst geändert wird. Aufgrund des Vorschlags der Fraktionen der SPD und der F.D.P., diese Anregung noch nicht zu beschließen, um erstens zu vermeiden, daß schon vor Verabschiedung einer neuen Obergrenzenverordnung eine bestimmte Erwartungshaltung geweckt wird und zweitens nicht schon jetzt strukturelle Festlegungen zu treffen, die eine Strukturdiskussion über den Polizeibereich im Frühjahr 1987 erschweren würden, hatte die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" die

Entscheidung über diese Ergänzung einvernehmlich dem Haushalts- und Finanzausschuß überlassen. Insoweit wird auch auf die Ausführungen in der beigehefteten Vorlage 10/791 verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat die Ergänzung in § 7 des Haushaltsgesetzes um einen neuen Absatz 11 mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. gegen die antragstellende Fraktion der CDU abgelehnt.

Die Fraktion der SPD erklärte, diesen Antrag bei der 3. Lesung des Haushalts erneut aufzugreifen, sofern sich bestätigen sollte, daß der Bundesminister des Innern eine Änderung der Obergrenzenverordnung bereits für Januar 1987 beabsichtigt.

Die mit der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz - Drucksache 10/1540 in Verbindung mit der Vorlage 10/786 vorgenommenen Ergänzungen des Paragraphen 4 um einen neuen Absatz 9 sowie des Paragraphen 6 um einen neuen Absatz 6 wurden in die Beratungen einbezogen.

2. Personalhaushalt

Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm in seiner Schlußabstimmung einstimmig alle bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig gefaßten Beschlussempfehlungen. Gesondert diskutiert und abgestimmt wurden - bei weitgehend gleichem Abstimmungsverhalten und identischen Ergebnissen -, ergänzt durch den mündlichen Vortrag des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", die Änderungen in den Einzelplänen, die in der Arbeitsgruppe zu kontroversen Abstimmungen geführt hatten. Insoweit wird auf die beigehefteten Berichte - Vorlagen 10/651 und 10/791 - verwiesen. Darüber hinaus stellte die SPD-Fraktion in der Schlußsitzung weitere Anträge zum Personalhaushalt. Bei der Gesamtdiskussion waren insbesondere folgende Punkte Gegenstand eingehender Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß:

2.1 Allgemeine Beschlüsse

Entsprechend den Beratungen in der Arbeitsgruppe wiederholte die CDU-Fraktion ihren Antrag, in die Bitte an die Landesregierung bezüglich der aufgabenkritischen Überprüfung des Personalbestandes auch das Ziel, die z.Zt. noch im Haushaltsgesetz verankerte Besetzungssperre durch diese Überprüfung aufzuheben, einzuschließen. Die SPD verachtete sich diesem Antrag, weil dies nach ihrer Meinung erst das Ergebnis der noch zu erbringenden Arbeit sein könnte. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD- und F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

2.2 Einzelplan 04 - Justizminister

In der Sitzung wurde von der CDU-Fraktion erneut beantragt, angesichts des erheblichen Personalfehlbedarfs im Justizbereich, insbesondere bei den richterlichen und den sozialen Diensten, 4 Stellen einzurichten. Nach Ansicht der CDU könnte damit zumindest ein

Zeichen gesetzt werden. Die SPD-Fraktion begrüßte diesen Antrag vom Grunde her, sah sich jedoch aufgrund anderer z.Zt. vordringlich zu lösender Probleme, z.B. im Bereich des Umweltschutzes, außerstande, diesem Antrag zu folgen. Der Antrag wurde - wie schon in der Arbeitsgruppe - mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Im übrigen kündigte die SPD-Fraktion an, daß zur 3. Lesung voraussichtlich ein Antrag auf Erhöhung der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) für das Kapitel 04 040 gestellt werden würde.

2.3 Einzelplan 05 - Kultusminister

In der Sitzung wurde von allen drei Fraktionen einstimmig die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für eine beamtete Hilfskraft der Bes.Gr. A 13 z.A. im Kultusministerium - Kapitel 05 010 - für den Sportbereich beschlossen.

2.4 Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

Die CDU griff in der Sitzung erneut ihren Antrag auf Nichteinrichtung von 79 Stellen für das Klinikum Aachen auf. Nach ihrer Meinung war aufgrund kontroverser Aussagen der Landesregierung in der Sitzung der Arbeitsgruppe die Notwendigkeit der Stelleneinrichtung zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar. Aus ihrer Sicht könnte über eine solche Einrichtung erst dann entschieden werden, wenn von der Landesregierung ein abgestimmtes Konzept zum Klinikum Aachen entwickelt werde, welches sowohl die bisherigen Vorstellungen, also den Maximalrahmen, als auch künftige Entwicklungen, z.B. im technischen Bereich, berücksichtigt und ggf. zu einer gemeinsamen neuen Basis führt. Da eine solche Konzeption z.Zt. nicht vorliegt, sah die CDU-Fraktion keinen Handlungsbedarf.

Von der F.D.P.,-Fraktion wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß die Notwendigkeit der Stelleneinrichtung offensichtlich auch für die Landesregierung nicht ersichtlich war, weil diese die Stellen weder in den Entwurf noch in die beiden Ergänzungen zum Haushalt 1987 eingearbeitet hat. Demgegenüber betonte die SPD-Fraktion die Notwendigkeit der Personalverstärkung im klinischen und pflegerischen Bereich, da die derzeitige Situation bereits zu einer Überbelastung des vorhandenen Personals geführt habe. Außerdem sei es das Recht des Parlamentes, aufgrund anderer Erkenntnisse als die Landesregierung Stellen einzurichten oder auch abzusetzen. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde von der SPD-Fraktion bei Stimmhaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt. Der hilfsweise von der CDU-Fraktion gestellte Antrag, die 79 einzurichtenden Stellen zumindest mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag, von den 79 Stellen 16 Stellen für Verwaltungs-, Wach- und sonstige Dienste qualifiziert zu sperren, weil hier nicht unbedingt eine Notwendigkeit zur sofortigen Besetzung erkennbar sei, wurde entsprechend dem Ergebnis in der Arbeitsgruppe einstimmig beschlossen.

2.5 Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Instituts "Arbeit und Technik" beantragte die CDU die Absetzung der hierfür ausgewiesenen Planstellen und Stellen, da aus ihrer Sicht die Etatreife dieses Instituts für 1987 noch nicht gegeben war. Ein wesentlicher Punkt war dabei, daß der Sitzungsort dieses Instituts noch nicht bekannt war, so daß es zweifelhaft erschien, ob mit einer Aufnahme der Arbeit für 1987

überhaupt noch gerechnet werden konnte. Diesem Antrag der CDU schloß sich auch die F.D.P.-Fraktion an. Sowohl dieser Antrag als auch der hilfsweise von der CDU gestellte Antrag, an den neuen Stellen qualifizierte Sperrvermerke auszubringen, wurde von der SPD-Fraktion gegen die Oppositionsfraktionen mit der Bemerkung abgelehnt, daß man durchaus noch von einem Arbeitsbeginn im Laufe des Jahres 1987 ausgeht.

2.6 Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Die SPD-Fraktion beantragte entsprechend ihrer Ankündigung in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" die Einrichtung von 20 weiteren Stellen für das Landesamt für Wasser und Abfall. Als Begründung führte sie an, daß das Landesamt für Wasser und Abfall durch diese Stellen in die Lage versetzt werden soll, gefährliche Schadstoffkonzentrationen im Rhein und anderen Fließgewässern frühzeitig zu erkennen. Obwohl die CDU-Fraktion die Notwendigkeit der Stellen dem Grunde nach nicht bezweifelte, bemängelte sie, daß für die Einrichtung dieser Stellen noch keine mit dem Bund abgestimmte Konzeption vorläge. Nach dem Hinweis der SPD-Fraktion, daß diese Stellen daher mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen werden sollten, wurde die Einrichtung der 20 Stellen gem. Anhang zu diesem Bericht einstimmig beschlossen.

Dem von der SPD vorgetragenen Deckungsvorschlag - Abgang von 25 Arbeiterstellen im Kapitel der Landesforstverwaltung entsprechend dem Anhang - vermochte die CDU hingegen nicht zuzustimmen. Der Vorschlag wurde mit den Stimmen von SPD und F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion beschlossen. Die CDU-Fraktion erbat in diesem Zusammenhang eine Auskunft des Finanzministers darüber, ob auch freie Stellen in die Berechnung des Personalausgabeansatzes einbezogen werden.

Im Zusammenhang mit einem künftigen geänderten Aufgabenbild bei der Verwaltung für Agrarordnung wurde in der Sitzung vom Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft die Bereitschaft erklärt, bis zur Erstellung einer Personalbedarfsberechnung über die Erbringung der kw-Vermerke hinaus von 5 freiwerdenden Stellen nur die ersten beiden Stellen wieder zu besetzen. Ausgenommen von dieser Selbstbindungserklärung des Ministers bleiben die sogenannten Hilfsdienste, wie Registraturdienst, Schreibdienst, Fahrdienst etc. Obwohl dies als Minimallösung angesehen wurde, nahm der Ausschuß die Erklärung zustimmend zur Kenntnis.

3. Ergebnis

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse sowie der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an. Einvernehmlich wurde der Finanzminister ermächtigt, die endgültigen Haushaltszahlen nach Aufbereitung der Beschlüsse des Ausschusses vom 11. Dezember 1986 in den Gesetzentwurf einzufügen, sowie offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen.

Weiss

Vorsitzender

Anlage 1: Haushaltsübersicht
Finanzierungsübersicht
Kreditfinanzierungsplan

Anlage 2: Übersicht über die kreditfinanzierten Ausgaben
des Haushaltsplans 1987

Anhang: Änderungsanträge der Fraktion der SPD zum Personalhaushalt (Einzelplan 10)

Beigeheftet: Vorlagen 10/651 und 10/791

12

ANLAGE 1

HAUSHALTSPLAN
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR
1987

GESAMTPLAN

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)
Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)
Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungs- ermächtigungen	Ausgaben
	1987 (TDM)	1986 (TDM)	1987 (TDM)	1987 (TDM)	1986 (TDM)
01 - Landtag	1 278,0	1 250,3	146 099,7	4 000,0	98 463,1
02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	2 321,7	2 464,2	103 339,0	6 470,0	107 017,8
03 - Innenminister	449 614,7	384 776,8	3 999 315,6	69 610,0	3 783 686,5
04 - Justizminister	1 031 005,0	1 007 827,0	2 713 652,8	3 937,0	2 654 462,9
05 - Kultusminister	95 720,7	92 971,7	11 223 776,7	54 350,0	10 814 466,2
06 - Minister für Wissen- schaft und Forschung	1 015 549,7	985 629,5	5 714 821,4	164 224,5	5 522 735,4
07 - Minister für Arbeit, Gesundheit u. Soziales	679 094,8	743 751,5	4 020 297,1	1 084 342,2	3 858 011,5
08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Techno- logie	194 446,0	175 929,7	2 271 697,0	999 510,0	1 851 632,7
09 - Minister für Bundes- angelegenheiten	69,1	68,6	4 037,0	-	3 910,9
10 - Minister für Umwelt, Raumordnung u. Land- wirtschaft	579 147,5	602 938,4	1 636 214,7	508 625,5	1 648 851,4
11 - Minister für Stadtent- wicklung, Wohnen und Verkehr	2 085 137,8	1 939 394,9	5 522 783,6	2 695 350,5	5 547 219,0
12 - Finanzminister	417 965,7	389 041,5	1 990 095,4	60 233,3	1 917 142,7
13 - Landesrechnungshof	140,0	138,9	15 611,8	-	14 857,2
14 - Allgemeine Finanzverwaltung	53 262 534,5	51 575 508,7	20 452 283,4	1 378 200,0	20 079 234,4
Zusammen	59 814 025,2	57 901 691,7	59 814 025,2	7 028 853,0	57 901 691,7

Finanzierungsübersicht

	(Mill. DM)
I. <u>Haushaltsvolumen</u>	59 814,0
II. <u>Ermittlung des Finanzierungssaldos</u>	59 748,1
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt)	54 228,0
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln und Entnahmen aus Rücklagen)	- 5 520,1
3. Finanzierungssaldo	- 5 520,1
III. <u>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</u>	
4. <u>Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt</u>	
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	14 243,6
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	8 730,5
4.2.1 darunter gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8 664,6
4.3 Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	5 513,1
5. Einnahmen aus Rücklagen	7,0
6. Finanzierungssaldo	- 5 520,1
IV. <u>Nachrichtlich</u>	
<u>Ermittlung der Kreditermächtigung für Kreditmarktmittel</u>	
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5 579,0
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8 664,6
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz	-
Kreditermächtigung	14 243,6

Kreditfinanzierungsplan

	(Mill. DM)
I. <u>Einnahmen aus Krediten</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	346,4
vom Kreditmarkt	14 243,6
zusammen	14 590,0
II. <u>Tilgungsausgaben für Kredite</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	209,7
vom Kreditmarkt	8 730,5
zusammen	8 940,2
III. <u>Netto-Neuverschuldung insgesamt</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	136,7
am Kreditmarkt	5 513,1
zusammen	5 649,8

16

ANLAGE 2

ÜBERSICHT
ÜBER DIE KREDITFINANZIERTEN AUSGABEN DES
HAUSHALTSPLANS 1987

(§ 18 Abs. 1 LHO)

Von den Haushaltsansätzen des Haushaltsplans 1987 bei den Obergruppen 83 bis 89 werden gedeckt durch Schuldenaufnahmen

	bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)
<u>Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>		
02 050 Landeszentrale für politische Bildung	-	5 300
Summe Einzelplan 02	-	5 300
<u>Einzelplan 03 - Innenminister</u>		
03 020 Allgemeine Bewilligungen	-	180
03 710 Feuerschutz	-	64 359
Summe Einzelplan 03	-	64 539
<u>Einzelplan 05 - Kultusminister</u>		
05 030 Allgemeine überregionale Finanzierungen	-	3 000
05 300 Schulen gemeinsam	-	2 450
05 340 Öffentliche Gymnasien	-	400
05 610 Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	-	395
05 760 Bibliothekswesen	-	700
05 810 Förderung des Sports	-	40 000
05 820 Förderung der bildenden Kunst, der Museen, der Musik und des Schrifttums	-	2 670
05 830 Förderung von Theater, Film und Bild	-	100
Summe Einzelplan 05	-	49 715
<u>Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung</u>		
06 020 Allgemeine Bewilligungen	-	22 000
06 030 Allgemeine überregionale Finanzierungen	-	217 580
06 040 Forschungsförderung	-	18 609
06 112 Medizinische Einrichtungen der Universität Bonn	-	23 326
06 122 Medizinische Einrichtungen der Universität Münster	-	24 862
06 131 Universität Köln	-	2 045
06 132 Medizinische Einrichtungen der Universität Köln	-	57 674
06 142 Medizinische Einrichtungen der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen	-	30 959
06 152 Medizinische Einrichtungen der Ruhr-Universität Bochum	-	300
06 172 Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf	-	26 807
06 212 Medizinische Einrichtungen der Universität - Gesamt- hochschule - Essen	-	65 033
06 550 Staatliche Hochschule für Musik Ruhr	-	31
Summe Einzelplan 06	-	489 226

	bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)
<u>Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales</u>		
07 020	-	13 500
07 040	-	69 300
07 050	-	54 520
07 060	-	9 850
	-	960 850
07 070	-	19 254
07 080	-	-
07 090	4 220	-
07 310	-	100
07 320	-	30
07 430	-	7 750
Summe Einzelplan 07	4 220	1 135 154
<u>Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie</u>		
08 030	-	141 650
08 040	-	90 303
08 050	-	48 950
08 080	-	23 137
Summe Einzelplan 08	-	304 040
<u>Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft</u>		
10 020	-	12 550
10 030	-	153 412
10 040	-	2 250
10 050	-	198 411
10 060	-	73 500
10 070	-	912
Summe Einzelplan 10	-	441 035

	bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)	
<u>Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr</u>			
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Freizeit	-	45 308
11 050	Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau	340 000	100 300
11 060	Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau	2 225	532 214
11 070	Denkmalpflege	-	25 700
11 470	Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs	-	223 214
11 490	Förderung der Schifffahrt	-	50 000
11 500	Straßen- und Brückenbau	-	945 700
Summe Einzelplan 11		342 225	1 922 436
<u>Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung</u>			
14 030	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Finanz- ausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund) und sonstige Leistungen	-	1 022 548
14 610	Kapitalvermögen	-	79 080
Summe Einzelplan 14		-	1 101 628
Summe insgesamt		346 445	5 513 073
dazu			
im Haushaltsplan 1987 veranschlagte Tilgungsausgaben am Kreditmarkt		-	65 927
zusammen		346 445	5 579 000
Gesamtsumme			5 925 445

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1987
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 10	Seite Hh-Plan: 248/249	Kapitel: 10 200
		Titel: 425 10

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf 16 Angestelltenstellen VG I b/II a DA 01 (Vorlage 10/791)</p> <p>neuer Ansatz 18 Angestelltenstellen s. O. +/- + 2 Angestelltenstellen s. O.</p>		<p>Mit der Einrichtung der genannten Stellen soll u. a. das Landesamt für Wasser und Abfall in die Lage versetzt werden, die erforderliche Ausweitung des Untersuchungsprogramms zur Früherkennung von gefährlichen Schadstoffkonzentrationen in den Meßstationen Bad Honnef und Kleve-Binnen vorzunehmen und beim LWA-Hauptlabor zu bewerten. Im Alarmfall muß Meßbereitschaft rund um die Uhr bestehen.</p>
<p>Entwurf 130 Angestelltenstellen VG III DA 01 (Vorlage 10/791)</p> <p>neuer Ansatz 136 Angestelltenstellen s. O. +/- + 6 Angestelltenstellen s. O.</p>		
<p>Entwurf 117 Angestelltenstellen VG V c/ VI b DA 04 (Vorlage 10/791)</p> <p>neuer Ansatz 128 Angestelltenstellen s. O. +/- + 11 Angestelltenstellen s. O.</p>		

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1987
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 10	Seite Hh-Plan: 248/249	Kapitel: 10 200	Titel: 425 10
Antrag	Zweckbestimmung	Begründung	
Entwurf - neuer Ansatz - +/-	neuer Haushaltsvermerk "Die Stellen sind gesperrt gem. § 22 Satz 3 LHO. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Haushalts- und Finanz- ausschusses besetzt werden."		

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1987
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 10	Seite Hh-Plan: 253	Kapitel: 10 200	Titel: 426 10
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf 106 Stellen für Arbeiter - Pauschaltarif -</p> <p>neuer Ansatz 107 Stellen für Arbeiter - Pauschaltarif -</p> <p>+/- + 1 Stelle für Arbeiter s. o.</p>		<p>Mit der Einrichtung der genannten Stellen soll u. a. das Landesamt für Wasser und Abfall in die Lage versetzt werden, die erforderliche Ausweitung des Untersuchungsprogrammes zur Früherkennung von gefährlichen Schadstoffkonzentrationen in den Meßstationen Bad Honnef und Kleve-Bimmen vorzunehmen und beim LWA-Hauptlabor zu bewerten. Im Alarmfall muß Meßbereitschaft rund um die Uhr bestehen.</p>
<p>Entwurf -</p> <p>neuer Ansatz neuer Haushaltsvermerk</p> <p>+/- -</p>	<p>Es soll für die neueinzurichtende Stelle folgender Haushaltsvermerk ausgebracht werden: "Die Stelle ist gem. § 22 Satz 3 IHO gesperrt. Sie darf nur mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses besetzt werden."</p>	

Änderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1987
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 10	Seite Hh-Plan: 366	Kapitel: 10 260	Titel: TG 70 (426 70)
----------------	--------------------	-----------------	-----------------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
Entwurf 695 Stellen für Arbeiter (Vorlage 10/791) neuer Ansatz 670 Stellen für Arbeiter DA 01 +/- -- 25 Stellen für Arbeiter s. o.		Stellenabsetzung zur Deckung der im Kapitel 10 200 neu aus- gebrachten 20 Angestelltenstellen für die "Rheinpolizei"

31



Vorlage

An den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Personaletat

-Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen
Änderungen einschließlich der allgemeinen Beschlüsse
angenommen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 18.9.1986 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1987 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie die Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt. Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat den Personaletat in 7 Sitzungen beraten.

Wie in den Vorjahren hat es die Arbeitsgruppe auch dieses Jahr für notwendig gehalten, vor Eintritt in die Beratung und Beschlußfassung über den Personalhaushalt 1987 den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zu den mit dem Haushalt zusammenhängenden Problemen des Öffentlichen Dienstes vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 14.10.1986, vor Aufnahme der Beratungen des Personaletats 1987, durchgeführt; hierzu wird auf das Protokoll 10/373 verwiesen.

Im einzelnen stützte die Arbeitsgruppe ihre Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 sowie schriftliche Erläuterungen hierzu) und die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen. Da zum Zeitpunkt der Schlußsitzung der Arbeitsgruppe am 3.12.1986 noch nicht alle Voten der Fachausschüsse vorlagen, sind einzelne Ressortbereiche in dieser Sitzung nicht beraten worden. Die Behandlung dieser Einzelpläne wird einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986 vorbehalten sein, so daß wir dem Haushalts- und Finanzausschuß eine zweite Beschlußvorlage unterbreiten müssen.

Soweit die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse vorlagen, sind sie in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage, die die Vorschläge der Arbeitsgruppe enthält, eingearbeitet. Eine Abstimmung über den Gesamtpersonalhaushalt konnte am 3.12.1986 aus den o.a. Gründen nicht vorgenommen werden.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlage mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- in der Arbeitsgruppe
<p>1. Die Landesregierung wird gebeten,</p> <p>- eine kritische <u>Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen Personalaufwandes</u> sowohl der Ministerien als auch der nachgeordneten Bereiche mit dem längerfristigen Ziel eines strukturellen Stellenabbaus vorzunehmen;</p>		<p>einstimmig</p>
<p>hierdurch sollte auch erreicht werden, daß die in § 7 a Abs. 1 des Haushaltsgesetzes verankerte Besetzungssperre, die die Personalbewirtschaftung erheblich erschwert, aufgehoben werden kann;</p>	<p>CDU</p>	<p>mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt gegen die Stimmen der Oppositionsfrakt.</p>
<p>- und die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" rechtzeitig zum Haushalt 1988 über etwaige Zwischenergebnisse zu unterrichten.</p>		<p>einstimmig</p>
<p>2. Die Landesregierung wird um Vorschläge gebeten, die zu einer Durchsetzung der im Schwerbehindertengesetz vorgesehenen Mindestbeschäftigungsquote von Schwerbehinderten im Landesdienst führen.</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>3. Die Landesregierung wird gebeten, rechtzeitig zum Haushalt 1988 über die abschließenden Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung der inneren Dienste der Ministerien, insbesondere auch des Registraturdienstes, zu berichten.</p>		einstimmig
<p>4. In Ergänzung zu Punkt 1 wird die Landesregierung gebeten, Strukturkonzepte für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Polizei - Gebietsrechenzentren - Schulen - Hochschulen - Verwaltung f. Agrarordnung vorzulegen. Bei der Erörterung dieser Konzepte im Landtag sollen die Fachausschüsse einbezogen werden. 	CDU	einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p>	SPD	einstimmig
<p><u>Angestellte</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. IIa BAT, Dienstart 01</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr.IVa BAT, Dienstart 01</p> <p>(Die Stellenanhebung ist für die Über- nahme einer Stenografenanwärterin zur Stenografिन erforderlich).</p>		einstimmig
<p><u>Zugang:</u> 3 Stellen für Auszubil- dende als Verwaltungs- fachangestellte</p>		einstimmig
<p><u>Minweis:</u> Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 01 in der Sitzung am 16.10.1986 einschließlich der Änderungen bei den Angestelltenstellen und den Stellen für Auszubildende einstimmig angenommen.</p>		
<p><u>GesamtAbstimmung über Personal im Ein- zelplan 01:</u></p>		einstimmig

**EINZELPLAN 02 - MINISTERPRÄSIDENT UND
STAATSKANZLEI**

Kapitel _____

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe _____

Prüfungsfeststellungen des Landesrech-
nungshofes zur Organisation und Ausstat-
tung der Staatskanzlei

Entsprechend dem Beschluß des Haushalts-
und Finanzausschusses vom 11.9.1986 ver-
blieb der Arbeitsgruppe "Personalbedarf
und Stellenpläne" die Beratung der Ab-
schnitte 6.2 und 6.5 der Vorlage 10/237.

Zu Abschnitt 6.2 (Stellen- und Perso-
nalsbewirtschaftung)

Die Bemerkungen werden als erledigt be-
trachtet, da die Staatskanzlei nach ih-
rem Vortrag in der Vorlage 10/538 den
Anregungen des Landesrechnungshofes ent-
sprochen hat.

einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Zu Abschnitt 6.5</u> (Aufgabengliederung einschl. Organisationsplanung)</p> <p>Die Bemerkungen werden als erledigt betrachtet. Die Staatskanzlei hat den Anregungen des Landesrechnungshofes zur Umorganisation im Rahmen ihrer Organisationshoheit weitgehend entsprochen.</p> <p>Zusätzlich beantragte die CDU-Fraktion in der Arbeitsgruppensitzung am 03.12.1986 entsprechend der Anregung des Landesrechnungshofes, die Zahl der Referate der Landeszentrale für politische Bildung von sechs auf vier zu reduzieren - ohne den Gesamtumfang der Aufgaben zu verändern -, die Ausbringung von ku-Vermerken nach Bes.Gr.A 15 an Planstellen der Bes.Gr. A 16 und B 2.</p>	CDU	Dieser weitergehende Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.
<p><u>Sonstige Stellenangelegenheiten im Einzelplan 02</u></p> <p>a) Nachdem der Landesrechnungshof in der Sitzung am 11.11.1986 die Notwendigkeit verneint hat, für die Staatskanzlei eine Sonderrelation der Schreibkräfte zu den Diktatberechtigten festzulegen, sollte zur Erzielung einer Relation von 1:5,5 eine Stelle für Schreibkräfte mit einem kw-Vermerk versehen werden.</p>		

<u>Einzelplan</u>	<u>Antrag der Frak.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Angestellte</u></p> <p>Ausbringung eines kw-Vermerks bei Verg.Gr. VII/VIII BAT, DA 04</p>	CDU	einstimmig
<p><u>b) Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Regierungsrat-</p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Oberamtsrat-</p> <p>Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hauptausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion die vorgenannte Umwandlung einer Planstelle des gehobenen Dienstes in eine Planstelle des höheren Dienstes beschlossen.</p>		<p>Da die SPD-Fraktion den Antrag zurückzog, verbleibt es insoweit bei der Regierungsvorlage</p>
<p><u>c) Arbeiter</u></p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>5 Stellen MTL VI, DA 01 bei gleichzeitiger Streichung des Haushaltsvermerkes</p>	CDU und F.D.P.	<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen abgelehnt.</p>

Hinweis:

Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 02 insgesamt unter Einbeziehung der Änderung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktion angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 02:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

EINZELPLAN 03 - INNENMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen</u></p> <p>1. Der Innenminister wird gebeten,</p> <ul style="list-style-type: none"> - für den Bereich von Schutz- und Kriminalpolizei ein Konzept zu erarbeiten, welches einen optimalen Personaleinsatz und eine optimale Aufgabenerledigung gewährleistet, z.B. durch den verstärkten Einsatz moderner Bürokommunikation oder die Entlastung der Polizeifachkräfte von Verwaltungsarbeiten - und dieses Konzept noch im Frühjahr 1987 der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zur Verfügung zu stellen. <p>Bei der Erörterung des Konzeptes im Landtag sollen auch die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		<p>einstimmig</p>
<p>2. Der Innenminister wird gebeten, bis zum Frühjahr 1987 Alternativmodelle zur Lösung der folgenden haushaltswäßig relevanten Stellenplanprobleme zu entwickeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Inanspruchnahme von Planstellen des gehobenen Dienstes für Beamte des mittleren Dienstes - Inanspruchnahme von Planstellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter). <p>Bei der Diskussion der Modelle im Landtag sollen auch die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Planstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Reg.-Inspektor- bei gleichzeitiger Ausbringung des Vermerks "sowie 1(-) kw (§ 26 Abs. 4 Schwerbehindertenge- setz)".</p> <p><u>Angestellte:</u></p> <p><u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc BAT, DA 02</p> <p>Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Hinweis:</u></p> <p>Die o.a. Änderungen entsprechen dem Antrag des Ressorts in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und passen den Haushalt der tatsächlichen Situation an.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Planstellen</u></p> <p>Streichung des bisherigen Vermerkes bei Bes.Gr. A 7 - Polizeimeister und Aus- bringung des Vermerkes "gebündelt mit Bes.Gr. A 6 - Polizeihauptwachtmeister"</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>03 310 - 5 Regierungspräsidenten</u> <u>Titelgruppe 80 - Abwicklung des</u> <u>Härtefonds für nicht-</u> <u>jüdische Verfolgte</u></p>		
<u>Angestellte</u>		
<u>Abgang:</u>		
6 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb		
DA 01		
4 Stellen Verg.Gr. Vb/Vc		
DA 01		
6 Stellen Verg.Gr. VIb/VII		
DA 02		
1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII		
DA 02		
3 Stellen Verg.Gr. VII/VIII		
DA 03		einstimmig
<p><u>03 320 - Institut für öffentliche</u> <u>Verwaltung</u></p>		
<p><u>03 350 - Fachhochschule für öffentl.</u> <u>Verwaltung</u></p>		
<p><u>03 370 - Fortbildungsakademie</u></p>		
<p>Der Innenminister wird gebeten, bis zum Frühjahr 87 darüber zu berichten, ob sich - analog zum Epl. 04 - Justizminister - eine Zusammenfassung der o.a. Kapitel positiv auf den <u>Personalbedarf auswirken könnte.</u></p>		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung</u>		
<u>Leerstellen</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Leerstelle Bes.Gr. C 3 - Prof.		
<u>Abgang:</u>		
1 Leerstelle Bes.Gr. C 2 - Prof.	SPD	einstimmig
<hr/>		
<u>03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik</u>		
<u>Titelgruppe 80 - Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung</u>		
Veranschlagung der bisher bei Titel 425 80 veranschlagten Personalausgaben bei Titel 427 80.		einstimmig
<hr/>		
<u>03 620 - Gemeinsame Gebietsrechenzentren</u>		
Der Innenminister wird gebeten, bis Mai 1987 über die voraussichtliche Aufgabenentwicklung bei den gemeinsamen Gebietsrechenzentren zu berichten und darzustellen, welche langfristigen Auswirkungen sich hieraus auf den Personalbedarf ergeben. Bei der Erörterung dieser Darstellung im Landtag soll auch der zuständige Fachausschuß beteiligt werden.		einstimmig

B 14

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
03 750 - Landesfeuerweherschule <u>Planstellen</u>		
1. <u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 - Reg.-Antmann		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 - Regierungsinspektor		
2. Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 2 bei Titel 422 10		
<u>Hinweis:</u> Die o.a. Änderungen entsprechen dem Antrag des Ressorts in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und dienen der Haushaltsklarstellung.		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p data-bbox="244 436 742 481"><u>03 820 - Landesrentenbehörde</u></p> <p data-bbox="244 526 446 571"><u>Anestellte</u></p> <p data-bbox="422 604 909 996"> Abgang: 4 Stellen für Angestellte, davon 2 Stellen Verg.Gr. VIb/VII BAT, DA 02 und 2 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT, DA noch festzulegen. </p>		<p data-bbox="1141 952 1324 996">einstimmig</p>
<p data-bbox="244 1120 909 1209"><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 03:</u></p>		<p data-bbox="1141 1120 1452 1386">Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktionen angenommen.</p>

EINZELPLAN 04 - JUSTIZMINISTER

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Verschiedene Kapitel</u></p> <p><u>Zugang: 4 Stellen</u></p> <p>davon</p> <p>2 für den richterlichen Dienst, z.B. für die Bereiche "Bekämpfung Umwelt- und Wirtschaftskriminalität" oder "Finanzgerichtsbarkeit"</p> <p>und</p> <p>2 für die Sozialen Dienste, z.B. für die Bereiche Justizvollzug/Bewährungshilfe.</p> <p>Die Ausbringung der Planstellen oder Stellen für beamtete Hilfskräfte sollte jeweils im Eingangssamt (R 2 oder R 1 z.A. bzw. A 9 z.A.) erfolgen. Je nach Abstimmungsergebnis kommen die Kapitel 04 040 oder 04 080 und die Kapitel 04 040 oder 04 050 in Betracht.</p>	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Hinweis:</u> Bei der Beratung des Einzelplans 04 hatte sich für fast alle Zweige der Justiz ein erheblicher Personalfehlbedarf ergeben; besonders auffallend war der Fehlbedarf jedoch in den o.a. Bereichen. Deckung für diese 4 Stellen kann aus der Stellenabsetzung beim Innenminister, Kapitel 03 820, angeboten werden.</p>		
<p><u>Hinweis:</u> Der Rechtsausschuß hat den Personaletat mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen unverändert eingenommen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 04:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.</p>

EINZELPLAN 05 - KULTUSMINISTER

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>05 030 - Allgemeine überregionale Finanzierungen</u></p> <p>Titel 632 10</p> <p>Die Landesregierung wird gebeten, hinsichtlich des Anteiles des Landes NW an den Kosten der Einrichtungen der Kultusministerkonferenz darauf hinzuwirken, daß sich auch diese Einrichtungen bei ihrer Stellenausstattung den für den übrigen Landeshaushalt geltenden Sparmaßnahmen unterwerfen.</p>	SPD	einstimmig
<p><u>Verschiedene Kapitel</u></p> <p>In der Sitzung der Arbeitsgruppe wurden Finanz - und Kultusminister gebeten, im Sinne von § 13 LHO die bisher vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen bzw. am 11.12.1986 noch zu beschließenden Umsetzungen von Planstellen für Lehrer gem. § 7 Abs. 6 HG 1986 bei der Drucklegung des Haushalts 1987 zu berücksichtigen. Da das Ressort eine Darstellung in Übersichtsform im Vorwort zum Einzelplan 05 zusagte, erübrigte sich ein besonderer Beschluß der Arbeitsgruppe.</p>		
<p><u>GesamtAbstimmung über Personal im Einzelplan 05:</u></p>		zurückgestellt bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe am 08.12.1986

B 19

EINZELPLAN 06 - MINISTER FÜR WISSEN-
SCHAFT U. FORSCHUNG

Kapitel

06 010 - Ministerium

Planmäßige Beamte

Abgang:

1 Planstelle Bes.Gr. A
15 - Regierungsdirektor
unter gleichzeitiger
Streichung des Vermerks
"davon 1 (1) kw-Einspa-
rung 1985".

(Ergebnis der Beratungen am 24.11.1986
aufgrund der Vorlage 10/729 des Landes-
rechnungshofes.)

Entsprechend der Vorlage 10/729 des Lan-
desrechnungshofes war der Wissenschafts-
minister um die Abgabe einer Selbstbin-
dungserklärung bezüglich je einer Plan-
stelle der Bes.Gr. B 7 und B 4 gebeten
worden. Mit Schreiben vom 27.11.1986 hat
der Minister diese Erklärung abgegeben.
Danach hat der Minister sich bereiter-
klärt, weder die B 7-Stelle noch die
B 4-Stelle für Beförderungen zu nutzen
oder Maßnahmen zu ergreifen, die einen
Rechtsanspruch auf Beförderung auslösen
könnten. Diese Bindung gilt bezüglich
der B 7-Stelle bis zum 01. April und be-
züglich der B 4-Stelle bis zum
01.07.1987.

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe

einstimmig

Die Arbeitsgruppe
hat die Erklärung
zustimmend zur
Kenntnis genommen
und geht davon
aus, daß der
Landtag rechtzei-
tig vor einer In-
anspruchnahme der
Stellen beteiligt
wird.

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Ausbringung eines kw-Vermerkes an</u>	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU- Fraktion abge- lehnt. Beide Fraktionen gehen jedoch einver- nehmlich davon aus, daß auch diese Stelle in die Beratungen im Frühjahr 1987 einbezogen wird.
1 Planstelle Bes.Gr. B 2		
<u>06 020 - Allgemeine Bewilligungen</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
a) <u>Titel 422</u>		
Die Landesregierung wird gebeten, die Umsetzung des sog. Fiebinger-Plans im Laufe des Haushaltsvollzugs 1986 für die 2. Lesung des Haushalts 1987 darzustellen.		einstimmig
b) <u>Titelgruppe 92</u>		
Erhöhung der Stellen für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz für die Medizinischen Einrichtungen Essen um 41 (vgl. auch Kapitel 06 212, S. 5).		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>06 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen</u>		
a)		
<u>Planstellen</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 12		
1 Planstelle Bes.Gr. A 11		
1 Planstelle Bes.Gr. A 9 m.D.		
1 Planstelle Bes.Gr. A 6		
1 Planstelle Bes.Gr. A 5		
<u>Angestellte</u>		
<u>Abgang:</u> 8 Stellen Verg.Gr. VII/VIII		
DA 06		
1 Stelle Verg.Gr. IXb/X DA 07		einstimmig
b)		
Verwendung der Stellenabsetzung:		
Die SPD-Fraktion beantragte, daß die abgesetzten Stellen zur Deckung der neugeschaffenen Stellen im Kap. 06 085 eingesetzt werden.	SPD	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU beschlossen.
c)		
Die Landesregierung wird gebeten, bei den nach dem Staatsvertrag anstehenden Verhandlungen mit den Ländern über den Haushalt 1988 darauf hinzuwirken, daß für die künftig noch abzusetzenden Stellen (derzeit 18 Stellen) ein "zentraler" kw-Vermerk ausgebracht wird.		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>06 085 - Kulturwissenschaftliches Institut</u></p> <p><u>Absetzung der 12 neuen Stellen.</u></p> <p>(Begründung: Etatreife des Instituts für 1987 noch nicht gegeben.)</p>	<p>CDU</p>	<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt</p>
<p><u>Hilfsweise:</u></p> <p><u>Ausbringung qualifizierter Sperrvermerke an diesen Stellen</u></p>	<p>CDU</p>	<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt.</p>
<p><u>06 142 - Medizinische Einrichtungen der RW TH Aachen</u></p> <p><u>Beamte, Angestellte und Arbeiter</u></p> <p><u>Der Haushaltsvermerk Nr. 4 bei Titel 429 00</u></p> <p>"4. Nach den Angaben in den Erläuterungen sind von den Neuzugängen 27 Stellen für Angestellte gesperrt gemäß § 22 Satz 1 LHO. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministers besetzt werden" <u>entfällt.</u></p> <p>Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern. (Beschluss zur Vorlage 10/712).</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>06 212 - Medizinische Einrichtungen der Universität Essen</u> <u>Stellen für Auszubildende</u> (Schüler ohne Entgelt)</p> <p style="text-align: center;"><u>Abgang:</u> 41 Stellen</p> <p>(Folgebeschluss zu Kapitel 06 020 = Einrichtung von 41 zusätzlichen Stellen für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz). (vgl. Kapitel 06 020 S. 2).</p>		einstimmig
<p><u>06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln</u></p> <p>Die Einrichtung der vom Sportausschuß (Vorlage 10/720) empfohlenen zusätzlichen Stelle für eine Bibliotheksangestellte (Verg.Gr. IVb/Vb) soll aus den "Konzentrationsgewinnen" bei Kapitel 06 020 Titelgruppe 65 erfolgen.</p>		einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Allgemeiner Vorschlag zum Hochschulbe- reich</u> Der Minister für Wissenschaft und For- schung wird gebeten, das z.Zt. zu erar- beitende "Strukturkonzept" für die Hoch- schulen in den 90-iger Jahren im Früh- jahr 1987 neben dem Ausschuß für Wissen- schaft und Forschung auch dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Verfügung zu stellen.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Ein- zelplan 06:</u></p>		<p>Zurückgestellt bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986</p>

**EINZELPLAN 07 - MINISTER FÜR ARBEIT, GE-
SUNDHEIT UND SOZIALES**

Kapitel	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<u>07 010 - Ministerium</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
a) <u>Ausbringung eines Vermerkes</u> "davon 1 kw" bei den Planstellen der Bes.Gr. B 7.	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt.
b) <u>Abgang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. B 4 <u>Zugang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. B 2	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen die CDU abgelehnt.
<u>Leerstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. B 2 1 Leerstelle Bes.Gr. A 14		
<u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16 1 Leerstelle Bes.Gr. A 13	SPD	einstimmig

B26

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>07 120 - Institut "Arbeit und Technik"</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Abgang:</u>		
2 Planstellen Bes.Gr. C 4		
<u>Angestellte</u>		
<u>Abgang:</u>		
2 Stellen Verg.Gr. Ia		
6 Stellen Verg.Gr. IIa		
2 Stellen Verg.Gr. IVa		
2 Stellen Verg.Gr. VIb		
1 Stelle Verg.Gr.		
VII/VIII		
(Begründung: Die Etatreihe ist nicht gegeben)	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt
<u>Hilfsweise:</u>		
<u>Ausbringung qualifizierter Sperrvermerke an den o.a. Stellen.</u>	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

327

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>07 210 - Landesarbeitsgerichte und</u> <u>Arbeitsgerichte</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. R 1 (Richter am Arbeitsge- richt)		
(Einstimmiger Beschluß des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales; vgl. Vorlage 10/649)		einstimmig
<u>07 330 - Dienststellen der Kriegsonfer-</u> <u>versorgung</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Abgang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. A 13 (Reg.-Medizinalrat)		
(Einstimmiger Beschluß des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales; vgl. Vorlage 10/649)		einstimmig
<u>Gesamtabstimmung über Personal im</u> <u>Einzelplan 07:</u>		Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositions- fraktionen angenommen

**EINZELPLAN 08 - MINISTER FÜR WIRTSCHAFT,
MITTELSTAND UND TECHNO-
LOGIE**

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<u>08 010 - Ministerium</u>		
<u>Leerstellen</u>		
<p><u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p>	F.D.P.	einstimmig
<u>08 310 - Staatl. Materialprüfungsamt</u>		
<u>Stellen für Auszubildende</u>		
<p><u>Zugang:</u></p> <p>4 Stellen für Verwal- tungsfachangestellte</p>		einstimmig
<u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 08:</u>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositions- fraktionen ange- nommen.

**EINZELPLAN 09 - MINISTER FÜR
BUNDESANGELEGENHEITEN**

Kapitel

09 010 - Ministerium

Planstellen

Ausbringung eines kw-Vermerkes an einer
Planstelle der Bes.Gr. B 7

Hinweis:

Der Einzelplan 09 wurde in der Sitzung
des Hauptausschusses mit den Stimmen der
SPD-Fraktion gegen die der Oppositions-
fraktion angenommen.

**Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 09:**

**Antrag
der
Frakt.**

CDU

**Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe**

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
gegen die der Op-
positionsfraktio-
nen angenommen.

**EINZELPLAN 10 - MINISTER FÜR UMWELT,
RAUMORDNUNG UND LAND-
WIRTSCHAFT**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>10 010 - Ministerium u. andere</u></p> <p>Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, möglichst bis Mai 1987 über die Konzeption der Radioaktivitätsüberwachung im Hinblick auf den tatsächlichen Personalbedarf unter Berücksichtigung folgender Faktoren zu berichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einteilung der anfallenden Aufgaben in Daueraufgaben, zusätzliche Aufgaben im Störfall und Aufarbeitungsaufgaben nach einem Störfall - Heranziehung eines Ländervergleichs. <p>Bei der Erörterung der Konzeption im Landtag sollen die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>10 180 - Landesanstalt für Ökologie</u> <u>Landschaftsentwicklung und</u> <u>Forstplanung</u></p> <p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16 <u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p>	<p>SPD</p>	<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>10 210 - Verwaltung für Agrarordnung</u>		
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, die Verwaltung für Agrarordnung aufgabenkritisch zu überprüfen und über das Ergebnis bis Mai 1987 zu berichten.		einstimmig
<u>10 220 - Gewerbeaufsichtsämter</u>		
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, bis Mai 1987 über die Ergebnisse der neuen Personalbedarfsberechnungen zu berichten.		einstimmig
<u>GesamtAbstimmung über Personal im Einzelplan 10:</u>		Die Abstimmung wurde wegen des fehlenden Votums des Fachausschus- ses auf den 08.12.1986 ver- schoben.

**EINZELPLAN 11 - MINISTER FÜR STADTENT-
WICKLUNG, WOHNEN UND
VERKEHR**

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
Keine Änderungen		
<u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 11:</u>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositions- fraktionen ange- nommen.

EINZELPLAN 12 - FINANZMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
12 010 - Ministerium		
<u>Leerstellen</u>		
Zugang: 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -Regierungsdirektor 1 Stelle Bes.Gr. A 12 -Amtsrat		
<u>Abgang:</u>		
1 Stelle Bes.Gr. A 13 -Oberamtsrat		
<u>Erläuterungen:</u>		
Zugänge: - A 15 für Landtag: - A 12 für Tarifgemeinschaft deutscher Länder		
Abgang: - A 13 Europäische Gemeinschaft		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>12 050 - Oberfinanzdirektion und Finanzämter</p>		
<p><u>Angestellte</u></p>		
<p><u>Streichung des Vermerks</u> "90 (-) Stellen ku in Hilfstellen für Steuerinspektoren z.A. (45) und für Steuerassistenten z.A. (45)" unter gleichzeitiger Ausbringung eines neuen Vermerks "45 kw ab 1.10.1989 und 45 kw ab 1.10.1990" bei den Stellen der Verg. Gr. VIb/VII (Dienststart 02)</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</u></p>		
<p><u>Zugang:</u> 100 Stellen für Steueranwärter (Bes.Gr. A 5)</p>		
<p><u>Erhöhung der Einstellungsermächtigung für Steueranwärter (Bes.Gr. A 5) von 72 um 100 auf 172</u></p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>12 070 - Finanzbauverwaltung</u></p> <p>Die in der Eränzungsvorlage zum Haushalt (Drucksache 10/1470) aufgeführten zusätzlichen 165 Stellen für dieses Kapitel erhalten jeweils den Vermerk "kw ab 1.1.1992".</p> <p>(Entsprechender Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses vom 11.9.1986 aufgrund Vorlage des Finanzministers vom 2.9.1986 - Vorlage 10/540).</p>		einstimmig
<p><u>Stellen für Auszubildende</u></p> <p>Zugang: 9 Stellen für Auszubildende (nicht verwaltungsbezogen)</p>		einstimmig
<p><u>GesamtAbstimmung über Personal im Einzelplan 12:</u></p>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

EINZELPLAN 13 - LANDESRECHNUNGSHOF

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
- Keine Änderung gegenüber dem Entwurf -		
<p><u>Hinweis:</u></p> <p>Der Einzelplan wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.1986 einstimmig angenommen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 13:</u></p>		Einstimmig angenommen.

Vorlage

An den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Personaletat

-Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichtersteller Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen
weiteren Änderungen einschließlich der Änderungen in den
personalwirksamen Teilen des Haushaltsgesetzes angenommen.

Bericht

Allgemeines

Wie ich bereits in meinem Bericht vom 5.12.1986 - Vorlage 10/651 - mitgeteilt habe, konnten in der Schlußsitzung der Arbeitsgruppe am 3.12.1986 nicht alle Einzelpläne abschließend beraten werden, insbesondere deswegen nicht, weil die Voten einiger Fachausschüsse zu dieser Sitzung noch nicht vorlagen.

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat sich daher am 8.12.1986 erneut mit dem Haushaltsgesetz und verschiedenen Einzelplänen befaßt.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gern bereit, auch diese Beschlüßvorlage mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

HAUSHALTSGESETZ 1987

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>1. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat um Prüfung gebeten, ob in das Haushaltsgesetz in § 7 Abs. 11 folgende Ermächtigung aufgenommen werden sollte:</p> <p>"Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses Planstellen für Beamte der Laufbahngruppe des mittleren Polizeivollzugsdienstes zu heben, wenn die durch Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2165) für diese Laufbahngruppe festgesetzten Obergrenzen für die Anteile der Beförderungsjämter geändert werden."</p> <p>Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung durch die Bundesregierung in naher Zukunft eine Änderung erfährt, was zu einer Verbesserung der Besoldungssituation im Polizeivollzugsdienst führen könnte. Damit die Verordnung eine Ausschöpfung durch den Landesgesetzgeber erfährt, regt die CDU die Prüfung an. Dies fand einhellige Zustimmung.</p>	<p>CDU</p>	<p>Entsprechend der Diskussion in der Arbeitsgruppe kamen die drei Fraktionen überein, die Ergänzung des Haushaltsgesetzes noch nicht zu beschließen, sondern bis zur Sitzung des HFA zu vertagen.</p>

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>(noch Haushaltsgesetz) 2. § 7a Abs. 3 Buchst.c) wird wie folgt neu gefaßt:</p> <p>(vgl. Anlage 1)</p> <p><u>Hinweis:</u> Der Ausschuß für Schule und Weiter- bildung hat diese Neufassung einstim- mig beschlossen; vgl. Vorlage 10/661.</p>		<p>einstimmig</p>
<p>3. Es wird folgender § 7a Abs. 4 neu eingefügt:</p> <p>(vgl. Anlage 2)</p> <p><u>Hinweis:</u> Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat diese Einfügung einstimmig beschlossen; (vgl. Vorlage 10/661).</p>		<p>einstimmig</p>

Anlage 1

CS

1. Haushaltsgesetz

- 1.1 Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung empfiehlt einstimmig, der Haushalts- und Finanzausschuß möge folgende Fassung des § 7a Absatz 3 Haushaltsgesetz 1987 beschließen:

"(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushaltes als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freiwerdenden Stellen in Anspruch genommen werden

- a) (wie bisher)
- b) (wie bisher)
- c) abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers

- zur unbefristeten Einstellung der 1984 und 1985 auf nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freigemachten Stellen befristet eingestellten Lehrer, und zwar mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten 2 Jahre bei den 1984 eingestellten Lehrern und für die ersten 3 Jahre bei den 1985 eingestellten Lehrern,
- bis zu 280 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die in den Jahren 1980 bis 1984 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind sowie zur unbefristeten Einstellung bisher nebenberuflich beschäftigter Lehrer bei den Kapiteln 05 410 und 05 440 nach Festlegung durch den Kultusminister,
- bis zu 300 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen; davon bis zu 200 Planstellen bei Kapitel 05 390, bis zu 90 Planstellen bei Kapitel 05 410 und bis zu 10 Planstellen bei Kapitel 05 440,
- darüber hinaus mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags weitere Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen, soweit die freiwerdenden Stellen nicht durch Ersatzeinstellungen in Anspruch genommen worden sind.

§ 47 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung."

Begründung

Durch die Gesetzesänderung (erster Spiegelstrich) soll erreicht werden, daß alle Lehrerinnen und Lehrer, die in den Jahren 1984 und 1985 in der Regel auf drei Jahre befristet auf Stellen eingestellt worden sind, die nach § 78 b Landesbeamtengesetz durch die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung frei gemacht worden sind, nunmehr in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Dabei sollen die aufgrund der Haushaltsgesetze 1984/85 auf zwei Drittel der Pflichtstundenzahl begrenzten Beschäftigungsverhältnisse für 1984 eingestellte Lehrerinnen und Lehrer für die Dauer von zwei Jahren und für die 1985 eingestellten Lehrerinnen und Lehrer für die Dauer von drei Jahren auf drei Viertel der Pflichtstundenzahl aufgestockt und anschließend in Beschäftigungsverhältnisse mit voller Pflichtstundenzahl umgewandelt werden.

Die in den Spiegelstrichen zwei und drei getroffenen Regelungen entsprechen dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses vom 5. November 1986 (Ausschußprotokoll 10/401) über die Verwendung des sich aus § 78 b LBG im Jahre 1986 ergebenden Saldierungsgewinns. Die Aufnahme dieser Bestimmung in das Haushaltsgesetz 1987 ist erforderlich, weil die Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1986 für die beschlossene Verwendung der Stellen, insbesondere die Aufstockung der Verträge, keine ausreichende Rechtsgrundlage bieten.

Der vierte Spiegelstrich enthält die entsprechende Bestimmung zur Verwendung von im Jahre 1987 sich ergebenden Saldierungsgewinnen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

C 8

Anlage 2

1.2 Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung empfiehlt einstimmig, der Haushalts- und Finanzausschuß möge folgende Fassung des § 7 a Absatz 4 Haushaltsgesetz 1987 beschließen:

"(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags bei Auflösung von Ersatzschulen und Fortführung des Schulbetriebs durch einen öffentlichen Schulträger die erforderlichen Planstellen und Stellen für Lehrer in dem jeweiligen Schulkapitel einzurichten."

Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.

Begründung

Um im laufenden Haushaltsjahr bei unvorhersehbaren Schließungen von privaten Ersatzschulen und Übernahme der Schule durch einen öffentlichen Schulträger haushaltsmäßig flexibel reagieren zu können, ist eine allgemeine Ermächtigung in das Haushaltsgesetz aufzunehmen. Bei solchen Schulträgerwechseln entstehen für den Landeshaushalt insgesamt keine Mehrbelastungen, da es sich nur um eine Verlagerung der Mittel aus dem Ersatzschulhaushalt in das Kapitel öffentliche Schulen handelt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

EINZELPLAN 03 - INNENMINISTER

Kapitel

03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Planmäßige Beamte

Zugang

4 Planstellen Bes.Gr. A 16
- Ltd.Reg.Schuldirektor-
als Dezernent (Referent)
in der Schulaufsicht auf
Bezirksebene

dazu

Erweiterung des Haushaltsvermerks

"davon 4 (-) ku ab 1.1.1988 nach
Bes.Gr. A 15

die ku-Vermerke gelten nur für Plan-
stellen in der Schulaufsicht über Gymna-
sien, Gesamtschulen, berufsbildenden
Schulen und Kollegschulen."

Abgang

4 Planstellen Bes.Gr. A 15
- Reg.Schuldirektor-
als Dezernent (Referent)
in der Schulaufsicht auf
Bezirksebene

Hinweis:

Empfehlung des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung an den Haushalts- und

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe

Mit den Stimmen
von SPD und CDU
bei Enthaltung
der F.D.P.
angenommen.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Finanzausschuß und den Ausschuß für Innere Verwaltung, die mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die der F.D.P.-Fraktion beschlossen wurde; vgl. Vorlage 10/661. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat diese Empfehlung nicht beraten.

Weiterer Hinweis:

Die Befristung des ku-Vermerkes ("ab 1.1.1988") wird vorgeschlagen, um die Besetzbarkeit der 4 neuen A 16-Stellen haushaltsrechtlich zu ermöglichen. Bereits im Haushalt 1985 sind 12 Stellen für Schuldezernenten gehoben worden; damals ist entsprechend verfahren worden.

EINZELPLAN 05 - KULTUSMINISTER

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>05 010 - Ministerium</u></p> <p><u>1. Hinweis:</u> In der Sitzung am 3.12.1986 wurde darauf hingewiesen, daß der Sportausschuß einvernehmlich beschlossen habe, zusätzlich eine Stelle für eine beamtete Hilfskraft (Bes.Gr. A 13 z.A.) einzurichten. Die Beschlußempfehlung des Sportausschusses zum Einzelplan 05 (vgl. Vorlage 10/662) weist einen solchen Beschluß nicht aus.</p> <p>Nach Abstimmung der drei Fraktionen in der Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986 wurde ein Beschluß über die o.a. Stelle bis zur Sitzung des HFA vertagt.</p>		
<p><u>2. Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang</u></p> <p>1 Leerstelle für einen außertariflichen Angestellten</p>	SPD	einstimmig
<p><u>GesamtAbstimmung über Personal im Einzelplan 05:</u></p>		Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

**EINZELPLAN 06 - MINISTER FÜR WISSENS-
SCHAFT U. FORSCHUNG**

<u>Kapitel</u>	Antrag der <u>Frakt.</u>	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>06 010 - Ministerium Leerstellen: Abgang</p> <p>1 Leerstelle Verg.Gr. I BAT</p>	<p>SPD</p>	<p>einstimmig</p>
<p>06 020 - Allgemeine Bewilligungen</p> <p>1. Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Personalausgaben - allgemein - erhält folgende Fassung:</p> <p>"In den Kapiteln der Universitäten, Universitäten - Gesamthochschulen -, der Sporthochschule, der Kunsthochschulen, der Fachhochschulen <u>und der sonstigen Einrichtungen im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung</u> sind 165 Stellen zum 1. März 1987 kw."</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend zu ändern.</p> <p><u>Begründung:</u> Bei der Drucklegung des Entwurfs 1987 wurde irrtümlich die vorgesehene Erweiterung des kwVermerks gegenüber 1986 nicht aufgenommen.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch Kapitel 06 020)</p> <p>2. <u>Der Haushaltvermerk Nr. 3 zu Titel 422 10 erhält folgende Fassung:</u></p> <p>“Die nach Haushaltvermerk Nr. 2 zu den Personalausgaben dieses Kapitels einzurichtenden Stellen für Professoren können mit Zustimmung des Finanzministers in das jeweilige Hochschulkapitel umgesetzt werden.”</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Vermerk wurde irrtümlich nach den Kabinettsberatungen zum Haushaltsplanentwurf 1987 nicht korrigiert.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie im Fach- ausschuß</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch Kapitel 06 020)		
3. <u>Planmäßige Beamte</u>		
Titel 422 10		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. C 4 - Professor (ohne Besoldungsauf- wand)		
Die <u>Erläuterungen</u> sind ent- sprechend zu ändern.		
<u>Begründung:</u>		
Mit Zustimmung des Finanzmi- nisters wurde 1986 gem. Haus- haltsvermerk Nr. 2 bei Titel 422 10 des Kapitels 06 020 un- ter entsprechender Widmung 1 Stelle Bes.C 4 - Professor ohne Besoldungsaufwand - nach Kapi- tel 06 230 umgesetzt mit der Maßgabe, daß diese Stelle nur nach Bes.Gr. C 3 in Anspruch genommen werden dürfe. (vgl. Kapitel 06 230 S. 18)		
<u>Beschluß des Ausschusses für</u>		
<u>Wissenschaft und Forschung:</u>		
Mit den Stimmen der SPD und F.O.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.		Gleiches Abstim- mungsergebnis wie Fachausschuß

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 06 020)		
<u>Titelgruppe 65</u>		
<p>a) <u>Verteilung</u> der im Zuge der Kon- zentrationsmaßnahmen im Jahre 1986 freigewordenen Stellen nach Maßgabe der Vorlage 10/750 (als Anlage 2 der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschus- ses für Wissenschaft und For- schung zum Epl. 06 - beigefügt) mit folgenden Änderungen:</p>		
<p>aa) Verwendung des Stellenzugangs bei Kapitel 06 151 (Topf 2, 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa) <u>nicht für</u> Mikroelektronik <u>sondern für</u> Umwelttechnik (Schadstoffausbringung im Grundwasser)</p>		
<p>ab) Der Zugang (Topf 2) von 3 Stel- len bei Kapitel 06 172 (Klini- kum Düsseldorf) entfällt. Dafür wird jeweils ausgebracht 1 Angest.Stelle Verg.Gr. Ib/IIa (Zeitangestellte DA 01) bei Kapitel 06 121 (Universität Münster) für Geographie (Schad- stoffausbreitung in der Luft), Kapitel 06 211 (Universität - GH - Essen) für Koordinierungs- stelle Frauenstudien und bei Kapitel 06 240 (Universität - GH - Siegen) für Mikroelektro- nik</p>		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 020) (noch Titelgruppe 65)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von CDU und F.D.P. beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß</p>
<p>b) <u>Absetzung</u> von 15 Stellen in den einzelnen Hochschulkapiteln nach Maßgabe der <u>Anlage 1</u>. Diese Stellen sind im Laufe des Haushaltsjahres 1986 nach der Drucklegung des Haushaltsentwurfes in das Kapitel 06 020 Titelgruppe 65 umgesetzt und gemäß Vorlage 10/750 wieder verteilt worden. Die Absetzungen in den verschiedenen Hochschulkapiteln müssen noch erfolgen.</p>		<p>Die Absetzung wurde wie vorgelegt bestätigt.</p>
<p>c) <u>Streichung</u> des Stellenabgangs von 12 Stellen zugunsten des Kapitels 06 085. <u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 020) (noch Titelgruppe 65)</p> <p><u>Verteilung</u> der 12 Stellen aus den sogenannten Konzentrationsgewinnen auf verschiedene Hochschulkapitel gem. Vorlage 10/782 (als <u>Anlage 3</u> der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zum Epl. 06 - beigelegt).</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.O.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachausschuß</p>
<p>Die erforderliche Personalausstattung des Kulturwissenschaftlichen Instituts - Kapitel 06 085 - erfolgt durch die Stellenabsetzung beim Kapitel 06 071 "ZVS".</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachausschuß</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>06 060 - Zoologisches Forschungsinsti- tut und Museum Koenig</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 16 Direktor des Zoologischen Forschungsinstituts und Museums Alexander Koenig</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Deckung für eine neue C 4 Stelle bei Kapitel 06 111 (Zoologie)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u></p> <p>Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß</p>
<p><u>06 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u> <u>Stellenabgänge</u></p> <p><u>Stellenabgänge bzw.</u></p> <p><u>Neufassung der Haus-</u></p> <p><u>haltsvermerke</u></p> <p>Bes.Gr. A 12 - 1</p> <p>Regierungsamtsrat</p> <p>davon - (2) ku nach</p> <p>Bes.Gr. A 10</p> <p>davon 1 (-) ku</p> <p>nach Bes.A 9</p>		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 06 071) Stellenabgänge		
Bes.Gr. A 11 - 1 Regierungsamtman davon - (2) ku nach Bes.Gr. A 10 davon 4 (1) ku nach Bes.Gr. A 9		
Bes.Gr. A 10 - 1 Reg.-Oberinspektor		
Bes.Gr. A 9 - 1 Regierungsinspektor		
Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend zu ändern.		
<u>Begründung:</u>		
Umsetzung von 4 Planstellen nach Kapitel 06 520 (1), Kapitel 06 111 (1) und 06 160 (2).		
<u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß
Die <u>ku-Vermerke</u> bei den Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes sind aufgrund der bereits mit Vorlage 10/651 empfohlenen Stellenabgänge entsprechend <u>anzupassen.</u>		Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. bei Ent- haltung CDU be- schlossen.

220

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 071)</p> <p><u>Angestellte:</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>9 Stellen Verg.Gr. VIb, DA 03 (Umwandlung aus Verg.Gr. IVb/Vb)</p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>11 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb, DA 03 (davon 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 06 160 und 9 infolge Umwandlung in Verg.Gr. VIb)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		
<p><u>Zentrale kw-Vermerke:</u> Infolge der weiteren 6 Stellenabgänge sind noch 12 Stellen mit einem "zentralen" kw-Vermerk zu versehen. (Vgl. Vorlage 10/651).</p>		<p>einstimmig</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>06 111 - Universität Bonn</u> <u>Planmäßige Beamte</u></p>		
<p><u>Zugang:</u></p>		
<p>1 Planstelle Bes.Gr. C 4 (Zoologie) (Deckung bei Kap. 06 060)</p>		
<p>1 Planstelle Bes.Gr. C 3 (Studiengang "Übersetzen" -orientalische Sprachen -japanisch) (Umwandlung aus C 4-Stelle "Allgem. Sprachwissenschaft")</p>		
<p>1 Planstelle Bes. A 11 -Regierungsamtman (Verlagerung aus Kapitel 06 071)</p>		
<p><u>Abgang:</u></p>		
<p>1 Planstelle Bes.Gr. C 4 (Allgem. Sprachwissenschaft) -Umwandlung in C 3-Stelle</p>		
<p>1 Planstelle Bes.Gr. A 10 -Regierungsoberinspektor (Absetzung einer freien Stel- le als Ausgleich für einen Zugang bei A 11)</p>		

	Antrag der <u>Frakt.</u>	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Kapitel</u> (noch 06 111)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen,</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß</p>
<p><u>06 132 - Medizinische Einrichtungen der Universität Köln</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Akademischer Rat</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. C 2 -Professor auf Zeit</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Erfüllung der Auflagen des am 1.1.1987 neu inkrafttretenden Tierschutzgesetzes wird gebeten, bei den Medizinischen Einrichtungen der Universität Köln eine Stelle für einen Akademischen Rat der Bes.Gr. A 13 für einen Tierschutzbeauftragten auszubringen.</p>		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frak.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 132)</p> <p>Zur Vermeidung einer Stellenausweitung soll dafür 1 Stelle der Bes.Gr. C 2 - Professor auf Zeit - beim Institut für Normale und Pathologische Physiologie (Vorklinische Medizin) abgesetzt werden.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissen- schaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß</p>
<p><u>06 142 - Medizinische Einrichtungen der RW TH Aachen</u></p> <p><u>Beamte, Angestellte und Arbeiter</u></p> <p>a) <u>Zugang</u> von 79 Stellen entsprechend Seiten 8-10 der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zum Epl. 06 - .</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>	<p>SPD</p>	<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrak. angenommen.</p>
<p><u>Hilfsweise:</u> b) Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes an allen 79 Stellen</p>	<p>CDU</p>	<p>Mit den Stimmen der SPD gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 142)</p> <p>c) Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes an 16 Stellen, und zwar für die Bereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung (3) - Wachdienst (8) - Küchenbetriebe (1) - Neuropathologie (2) - Pathologie (2) 	SPD	einstimmig
<p><u>06 160 - Universität Dortmund</u> <u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Umwandlung</u> einer bei der Mathematischen Abteilung vorhandenen C 4-Stelle - Didaktik der Mathematik - in eine C 4-Stelle für den zusätzlichen Studiengang "Logistik".</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		einstimmig
<p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Regierungsinspektor- (Verlagerung aus Kapitel 06 071)</p>		

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 06 160)	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 10 -Regierungsoberinspektor (2 Abgänge infolge Realisierung von kw-Vermerken und 1 Zugang - Verlagerung - aus Kap. 06 071) dazu:		
<u>Neufassung des Haushaltsver-</u> <u>merks bei Bes.Gr. A 10:</u> "davon 1(3) kw davon 1(-) kw nach Ausscheiden eines 1987 von der ZVS über- nommenen Stelleninhabers".		
<u>Beamtete Hilfskräfte</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Bes.Gr. A 9 -Regierungsinspektor z.A.- (Wegfall als Ausgleich für Zugang bei Planstellen Bes.Gr. A 9)		
<u>Angestellte</u>		
<u>Zugang:</u> 2 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb (Dienststart 06) (Verlagerung aus Kap. 06 071) <u>Ausbringung eines Vermerks</u> bei diesen 2 Stellen:		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 160)</p> <p>"Davon 2(-) kw nach Ausscheiden der 1987 von der ZVS übernomme- nen Stelleninhaber".</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß</p>
<p><u>06 172 - Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf</u></p> <p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Stelle Bes.Gr. C 3 (Professor für Biometrie)</p> <p><u>Begründung:</u> Das Diabetes Forschungsinstitut an der Universität Düsseldorf wird nach der sog. Blauen Liste zu 50 % vom Bund mit- finanziert. Zwei der drei Abteilungslei- ter sind ordentliche Professoren der Universität Düsseldorf, und zwar der Leiter der Klinischen Abteilung und der Leiter der Biochemischen Abteilung. Der Leiter der Abteilung Biometrie ist nicht bei der Universität angebunden. Darauf wird zurückgeführt, daß die Lei-</p>		

(27)

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 172)</p> <p>tung dieser Abteilung in den letzten Jahren mehrmals vakant wurde, so zur Zeit wieder. Dies ist der wissenschaftlichen Kontinuität nicht zuträglich.</p> <p>Aus diesem Grunde hat der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme, die er im Auftrag der BLK abgegeben hat, gefordert, für den Leiter der Abteilung Biometrie eine leerstelle nach C 3 bei der Universität auszuweisen, damit er an die Universität berufen und nach dem sog. Jülicher Modell zur Dienstleistung an das Diabetes-Forschungs-Institut beurlaubt werden kann. Die wissenschaftliche Potenz des Instituts wird hierdurch gestärkt.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß</p>
<p><u>06 211 - Universität Gesamthochschule Essen</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Studienrat im Hochschuldienst (für den Brückenkurs Deutsch) zugleich</p>		

28

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Kapitel</u> (noch 06 211)</p> <p><u>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks bei der neuen Stelle:</u> "davon 1(-) für Brückenkurse"</p> <p><u>Angestellte</u></p> <p><u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT (Dauerangestellte) (Umwandlung in Planstelle)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		einstimmig
<p><u>06 220 - Universität - Gesamthochschule Duisburg</u></p> <p><u>Leerstellen:</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Stelle Bes.Gr. A 7 (Regierungsobersekretär)</p> <p><u>Begründung</u> Bei der Universität - Gesamthochschule - Duisburg ist durch den Mutterschaftsur- laub einer Regierungsobersekretärin im Verwaltungsbereich ein Engpaß entstanden, der durch eine Leerstelle ausgeglichen werden soll.</p>		

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Kapitel</u> (noch 06 220)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß</p>
<p><u>06 230 - Universität - Gesamthochschule Paderborn</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. C 3 -Professor (ohne Besoldungsaufwand) dazu</p> <p><u>Haushaltsvermerk:</u> "Davon 1(-) ohne Besoldungsaufwand Davon 1(-) kw am 30.09.1991"</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend zu ergänzen.</p> <p><u>Begründung:</u> (vgl. Kapitel 06 020, dort Nr. 3 - Seite 3) (Stiftungsprofessur Hochdruckphysik)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß</p>

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>06 520 - Staatl. Kunstakademie Düsseldorf</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u> <u>Zugang:</u></p> <p style="padding-left: 40px;">1 Planstelle Bes.Gr. A 11</p> <p><u>Hinweis:</u> Es handelt sich um eine Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO im Haushaltsvollzug 1986. Die Umsetzung ist bei dem abgeben- dem Kapitel 06 071 im Rahmen des "Zeh- nerblocks" dargestellt, vgl. Seiten 7 und 8, muß hier jedoch noch nachvollzogen werden.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>06 040 - Forschungsförderung</u> Titel 685 34 (Forschungsinstitut für Rationalisierung e.V. Aachen)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend der <u>Anlage 2</u> zu ändern.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 06:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrak. angenommen.</p>

Anlage 1 zu Einzelplan 06Nach Erstellung des HPI-Entwurfs 1987 frei-
gewordene Konzentrationsstellen422 10:

Kapitel 06 141	2 C 1 - Hochschulassistent - 2 A 14 - OStR I, H. -
Kapitel 06 151	1 C 2 - Professor a. Z. -
Kapitel 06 171	1 A 13 - Akad. Rat -
Kapitel 06 710	2 C 2 - Professor - 1 A 12 - Fachlehrer - - 9 =

425 10:

Kapitel 06 111	1 IVb/Vb - DA 04 - 1 VIb/VII - DA 07 -
Kapitel 06 141	1 VIb/VII - DA 03 - 1 VIb - DA 07 -
Kapitel 06 211	1 Ib/IIa - DA 01 - Zeitangestellter - - 5 =

426 10:

Kapitel 06 670	1 Lohngr. II - DA 03 - =
<u>Insgesamt:</u>	15 =

Kap. 06040 Titel 685 34 - Forschungsinstitut
für Rationalisierung e.V.

Zur Klarstellung sollte in die Erläuterungen folgender
Text aufgenommen werden:

Neben den Ausgaben für die ausgebrachten 33 (40) Stellen
des institutionellen Haushalts ist in den Personalausgaben
ein Betrag für 21 (14) Stellen des Auftragshaushalts (Dritt-
mittel) veranschlagt.

Personalausgaben institutioneller Haushalt

<u>1987</u>	<u>1986</u>	<u>+/-</u>
1.561.900 DM	1.367.500 DM	+ 194.400 DM

Personalausgaben Auftragshaushalt (Drittmittel)

<u>1987</u>	<u>1986</u>	<u>+/-</u>
2.445.000 DM	2.199.500 DM	+ 245.500 DM

Die Erhöhungen sind erforderlich geworden durch die Tarif-
steigerungen und eine Unterdeckung aus den Jahren 1985 und 1986.

**EINZELPLAN 10 - MINISTER FÜR UMWELT,
RAUMORDNUNG UND LAND-
WIRTSCHAFT**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>10 200 - Landesamt für Wasser- und Abfall</p>		
<p><u>Angestellte</u></p>		
<p><u>Zugang:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> 2 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa DA 01 3 Stellen Verg.Gr. III DA 01 2 Stellen Verg.Gr. Vc/VIb DA 04 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII DA 01 		
<p><u>Begründung:</u> Die Einrichtung der genannten Stellen ist erforderlich, um das Landesamt für Wasser und Abfall in die Lage zu versetzen, die Kommunen in schwierigen und dringenden Fällen bei der Untersuchung und Beurteilung "altlastenverdächtiger" Flächen zur Gefährdungsabschätzung sowie bei der Sanierung und Überwachung zu beraten und zu unterstützen. Die Kommunen sind fachlich und personell überfordert; der notwendige hochspezialisierte Sachverstand muß an einer zen-</p>		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 200)</p> <p>tralen Stelle bereitgestellt und koordiniert werden.</p> <p><u>Hinweis:</u> Es handelt sich um einen Beschluß des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, der mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen gefaßt wurde; (vgl. Vorlage 10/670).</p> <p><u>Weiterer Hinweis:</u> In der Sitzung der Arbeitsgruppe wurde von der SPD-Fraktion angekündigt, daß evtl. weitere Stellen für das LWA zur Überwachung der Gewässerreinigung in der HFA-Sitzung beantragt werden, ggf. mit einem qualifizierten Sperrvermerk.</p>		<p>Abstimmungsergebnis wie Fachauschuß</p>
<p><u>10 210 - Verwaltung für Agrarordnung</u></p> <p>Um etwaigen Parlamentsentscheidungen im Haushalt 1988 über die künftige Stellan- ausstattung der Verwaltung für Agrarord- nung nicht vorzugreifen, sollten bis zum Haushalt 1988 alle freiwerdenden Plan- stellen und Stellen nicht wieder besetzt werden.</p> <p>Die Vertreter des Ministeriums hatten in der Sitzung am 3.12.1986 eine Entschei- dung in dieser Angelegenheit für die Sitzung am 8.12.1986 in Aussicht ge-</p>		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 210)</p> <p>stellt. Entsprechend der Erklärung in dieser Sitzung sieht der Minister sich außerstande, eine solche Selbstbindung zu erklären, dies insbesondere deswegen, weil ohnehin noch eine erhebliche Zahl von kw-Vermerken zu realisieren ist. Das Ressort wurde daraufhin gebeten, diese Entscheidung nochmals zu überdenken und bis zum 11.12.1986 eine Bereitschaftserklärung in Richtung einer zumindest begrenzten Selbstbindung abzugeben.</p>		
<p><u>10 220 - Gewerbeaufsichtsämter</u> <u>Beamtete Hilfskräfte</u> <u>Zugang:</u></p> <p>5 Stellen Bes.Gr. A 13 -Regierungsgewerberäte z.A.</p>	<p>SPD</p>	<p>Die Entscheidung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion auf den 11.12. verschoben.</p>
<p><u>Beamte auf Widerruf</u> <u>Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen:</u></p> <p>10 Stellen für Gewerbe- referendare Eingangssamt A 13</p>	<p>SPD</p>	<p>Die Entscheidung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion auf den 11.12. verschoben.</p>

36

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 220)</p> <p><u>Hinweis:</u> Diese Anträge wurden am 8.12.1986 von der SPD-Fraktion gestellt, die Deckung soll aus dem Kapitel 10 260 erfolgen; ein entsprechender Vorschlag wird von den Ressortvertretern am 11.12.1986 vorgelegt werden.</p>		
<p><u>10 260 - Landesforstverwaltung</u> <u>Titelgruppe 70</u></p> <p>1. Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, im Rahmen des Haushaltes 1988 eine Bereinigung des Ausgabeansatzes für 426 70 - Löhne für Waldarbeiter - in der Form vorzunehmen, daß dort tatsächlich nur noch die Löhne für das Stammpersonal und die sonstigen Waldarbeiter veranschlagt werden. Gleichzeitig ist eine Bereinigung des Stellensolls um die nicht benötigten Stellen für Waldarbeiter vorzusehen.</p> <p>Alternativ zu der Veranschlagung beim Titel 426 70 könnte geprüft werden, ob eine Veranschlagung beim Titel 427 (Löhne für Aushilfen) erfolgen sollte.</p>		<p>einstimmig</p>

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Kapitel</u> (noch 10 260) (noch Titelgruppe 70)</p> <p><u>2. Arbeiter</u> a) <u>Abgang</u> 12 Stellen</p> <p><u>Begründung:</u> Deckung für Stellenzugänge bei Kapitel 10 200.</p> <p><u>Hinweis:</u> Beschluss des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen gefasst wurde; vgl. Vorlage 10/671.</p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Op- positionsfraktio- nen angenommen.</p>
<p>b) <u>Abgang</u> Anzahl der Stellen als Deckungsvorschlag für evtl. weitere Stellen im Kapitel 10 200 und im Kapitel 10 220 (5 A 13-z.A.) noch festzulegen.</p>		

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 10:

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
gegen die
CDU-Fraktion bei
Abwesenheit der
F.D.P.-Fraktion
angenommen.

Anlage zur Drucksache 10/1434

D 1

Anderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1987

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

D2

MM 10/1435
99

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>14 020</u>	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
371 10	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans	237.800	+ 120.000	357.800
972 10	Minderungen in allen Einzel- plänen zum Ausgleich des Haus- haltsplans	- 365.700.000	- 5.000.000	- 370.700.000
<u>14 030</u>	<u>Gemeindeanteil an der Einkommen- steuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</u>			
653 10	Zuweisungen an den Kommunalverbund Ruhrgelände (Haushaltsvermerk unverändert)	-	+ 2.000.000	2.000.000
883 13	Zuweisungen für die Durchführung des Schulbesuchprogramms (Haushaltsvermerk unverändert)	229.400.000	- 10.000.000	219.400.000
883 32	Zuweisungen zu Absenksmaßnahmen (Haushaltsvermerk unverändert)	274.000.000	+ 10.000.000	284.000.000

- 88 -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
14 630	<u>Liegschaftsvermögen</u>			
783 00	Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstr. 2 und Reichsstr. 43 und 45 in Düsseldorf (Vorarbeitskosten)	4.500.000	-	4.500.000
	<u>Haushaltsvermerk:</u> Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.			
784 00	Umbau des Gebäudes Elisabethstr. 5 in Düsseldorf zur Unterbringung der Landesregierung (Vorarbeitskosten)	700.000	-	700.000
	<u>Haushaltsvermerk</u> Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.			
	<u>Abschluß Einzelplan 14:</u>			
	Gesamteinnahmen:	53.262.414.500	+ 120.000	53.262.534.500
	Gesamtausgaben:	20.455.283.400	- 3.000.000	20.452.283.400
	Verpflichtungsermächtigungen:	1.378.200.000	-	1.378.200.000

125

MMD 10/1435
100

10. Wahlperiode

31

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/651

Vorlage

An den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Personaletat

-Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen
Änderungen einschließlich der allgemeinen Beschlüsse
angenommen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 18.9.1986 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1987 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie die Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt. Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat den Personaletat in 7 Sitzungen beraten.

Wie in den Vorjahren hat es die Arbeitsgruppe auch dieses Jahr für notwendig gehalten, vor Eintritt in die Beratung und Beschlußfassung über den Personalhaushalt 1987 den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zu den mit dem Haushalt zusammenhängenden Problemen des Öffentlichen Dienstes vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 14.10.1986, vor Aufnahme der Beratungen des Personaletats 1987, durchgeführt; hierzu wird auf das Protokoll 10/373 verwiesen.

Im einzelnen stützte die Arbeitsgruppe ihre Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 sowie schriftliche Erläuterungen hierzu) und die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen. Da zum Zeitpunkt der Schlußsitzung der Arbeitsgruppe am 3.12.1986 noch nicht alle Voten der Fachausschüsse vorlagen, sind einzelne Ressortbereiche in dieser Sitzung nicht beraten worden. Die Behandlung dieser Einzelpläne wird einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986 vorbehalten sein, so daß wir dem Haushalts- und Finanzausschuß eine zweite Beschlußvorlage unterbreiten müssen.

Soweit die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse vorlagen, sind sie in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage, die die Vorschläge der Arbeitsgruppe enthält, eingearbeitet. Eine Abstimmung über den Gesamtpersonalhaushalt konnte am 3.12.1986 aus den o.a. Gründen nicht vorgenommen werden.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlage mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

1. Die Landesregierung wird gebeten,

- eine kritische Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen Personalaufwandes sowohl der Ministerien als auch der nachgeordneten Bereiche mit dem längerfristigen Ziel eines strukturellen Stellenabbaus vorzunehmen;

einstimmig

hierdurch sollte auch erreicht werden, daß die in § 7 a Abs. 1 des Haushaltsgesetzes verankerte Besetzungssperre, die die Personalbewirtschaftung erheblich erschwert, aufgehoben werden kann;

CDU

mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt gegen die Stimmen der Oppositionsfrakt.

- und die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" rechtzeitig zum Haushalt 1988 über etwaige Zwischenergebnisse zu unterrichten.

einstimmig

2. Die Landesregierung wird um Vorschläge gebeten, die zu einer Durchsetzung der im Schwerbehindertengesetz vorgesehenen Mindestbeschäftigungsquote von Schwerbehinderten im Landesdienst führen.

einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>3. Die Landesregierung wird gebeten, rechtzeitig zum Haushalt 1988 über die abschließenden Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung der inneren Dienste der Ministerien, insbesondere auch des Registraturdienstes, zu berichten.</p>		einstimmig
<p>4. In Ergänzung zu Punkt 1 wird die Landesregierung gebeten, Strukturkonzepte für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Polizei - Gebietsrechenzentren - Schulen - Hochschulen - Verwaltung f. Agrarordnung vorzulegen. Bei der Erörterung dieser Konzepte im Landtag sollen die Fachausschüsse einbezogen werden. 	CDU	einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Leerstelle Bes.Gr. A 16</p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p>	SPD	einstimmig
<p><u>Angestellte</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Stelle Verg.Gr. IIa BAT, Dienstart 01</p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>1 Stelle Verg.Gr. IVa BAT, Dienstart 01</p> <p>(Die Stellenanhebung ist für die Über- nahme einer Stenografenanwärterin zur Stenografin erforderlich).</p>		einstimmig
<p><u>Zugang:</u></p> <p>3 Stellen für Auszubil- dende als Verwaltungs- fachangestellte</p>		einstimmig
<p><u>Hinweis:</u> Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 01 in der Sitzung am 16.10.1986 einschließlich der Änderungen bei den Angestelltenstellen und den Stellen für Auszubildende einstimmig angenommen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Ein- zelplan 01:</u></p>		einstimmig

B6

/

2

← 37

EINZELPLAN 02 - MINISTERPRÄSIDENT UND
STAATSKANZLEI

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Prüfungsfeststellungen des Landesrech- nungshofes zur Organisation und Ausstat- tung der Staatskanzlei</u>		
Entsprechend dem Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses vom 11.9.1986 ver- blieb der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" die Beratung der Ab- schnitte 6.2 und 6.5 der Vorlage 10/237.		
<u>Zu Abschnitt 6.2</u> (Stellen- und Perso- nalbewirtschaftung)		
Die Bemerkungen werden als erledigt be- trachtet, da die Staatskanzlei nach ih- rem Vortrag in der Vorlage 10/538 den Anregungen des Landesrechnungshofes ent- sprochen hat.		einstimmig

L-3 38

Kapitel

Zu Abschnitt 6.5 (Aufgabengliederung
einschl. Organisa-
tionsplanung)

Die Bemerkungen werden als erledigt be-
trachtet. Die Staatskanzlei hat den Anre-
gungen des Landesrechnungshofes zur Um-
organisation im Rahmen ihrer Organi-
sationshoheit weitgehend entsprochen.

Zusätzlich beantragte die CDU-Fraktion
in der Arbeitsgruppensitzung am
03.12.1986 entsprechend der Anregung des
Landesrechnungshofes, die Zahl der Refe-
rate der Landeszentrale für politische
Bildung von sechs auf vier zu redu-
zieren - ohne den Gesamtumfang der
Aufgaben zu verändern -, die Ausbringung
von ku-Vermerken nach Bes.Gr.A 15 an
Planstellen der Bes.Gr. A 16 und B 2.

Sonstige Stellenangelegenheiten im
Einzelplan 02

a) Nachdem der Landesrechnungshof in der
Sitzung am 11.11.1986 die Notwendig-
keit verneint hat, für die Staats-
kanzlei eine Sonderrelation der
Schreibkräfte zu den Diktatberechtig-
ten festzulegen, sollte zur Erzielung
einer Relation von 1:5,5 eine Stelle
für Schreibkräfte mit einem kw-Ver-
merk versehen werden.

Antrag · Abstimmungsergeb-
der · nis in der
Frakt. · Arbeitsgruppe

CDU

Dieser weiterge-
hende Antrag wur-
de mit den Stim-
men von SPD und
F.D.P. gegen die
Stimmen der CDU
abgelehnt.

<u>Einzelplan</u>	<u>Antrag der Frak.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>Angestellte</u> Ausbringung eines kw-Vermerks bei Verg.Gr. VII/VIII BAT, DA 04	CDU	einstimmig
<u>b) Planmäßige Beamte</u> <u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Regierungsrat- <u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Oberamtsrat-		
Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hauptausschuß mit den Stimmen der SPD- Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Frak- tion bei Stimmenthaltung der F.D.P.- Fraktion die vorgenannte Umwandlung ei- ner Planstelle des gehobenen Dienstes in eine Planstelle des höheren Dienstes be- schlossen.		Da die SPD-Frak- tion den Antrag zurückzog, verbleibt es insoweit bei der Regierungsvorlage
<u>c) Arbeiter</u> <u>Abgang:</u> 5 Stellen MTL VI, DA 01 bei gleichzeitiger Streichung des Haushaltsvermerkes	CDU und F.D.P.	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositions- fraktionen abgelehnt.

X-ES 110

Hinweis:

Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 02 insgesamt unter Einbeziehung der Änderung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktion angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 02:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

3 8 11

EINZELPLAN 03 - INNENMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen</u></p> <p>1. Der Innenminister wird gebeten,</p> <ul style="list-style-type: none">- für den Bereich von Schutz- und Kriminalpolizei ein Konzept zu erarbeiten, welches einen optimalen Personaleinsatz und eine optimale Aufgabenerledigung gewährleistet, z.B. durch den verstärkten Einsatz moderner Bürokommunikation oder die Entlastung der Polizeifachkräfte von Verwaltungsarbeiten- und dieses Konzept noch im Frühjahr 1987 der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zur Verfügung zu stellen. <p>Bei der Erörterung des Konzeptes im Landtag sollen auch die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		<p>einstimmig</p>
<p>2. Der Innenminister wird gebeten, bis zum Frühjahr 1987 Alternativmodelle zur Lösung der folgenden haushaltsmäßig relevanten Stellenplanprobleme zu entwickeln:</p> <ul style="list-style-type: none">- Inanspruchnahme von Planstellen des gehobenen Dienstes für Beamte des mittleren Dienstes- Inanspruchnahme von Planstellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter). <p>Bei der Diskussion der Modelle im Landtag sollen auch die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		<p>einstimmig</p>

312
D-2-

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Planstellen</u> <u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Reg.-Inspektor- bei gleichzeitiger Ausbringung des Vermerks "sowie 1(-) kw (§ 26 Abs. 4 Schwerbehindertenge- setz)". <u>Angestellte:</u> <u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc BAT, DA 02 Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen. <u>Hinweis:</u> Die o.a. Änderungen entsprechen dem Antrag des Ressorts in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und passen den Haushalt der tatsächlichen Situation an.		einstimmig
<u>Planstellen</u> Streichung des bisherigen Vermerkes bei Bes.Gr. A 7 - Polizeimeister und Aus- bringung des Vermerkes "gebündelt mit Bes.Gr. A 6 - Polizeihauptwachtmeister"		einstimmig

813
D-3

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>03 310 - 5 Regierungspräsidenten</u> <u>Titelgruppe 80 - Abwicklung des</u> <u>Härtefonds für nicht-</u> <u>jüdische Verfolgte</u>		
<u>Angestellte</u> <u>Abgang:</u>		
6 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb DA 01		
4 Stellen Verg.Gr. Vb/Vc DA 01		
6 Stellen Verg.Gr. VIb/VII DA 02		
1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII DA 02		
3 Stellen Verg.Gr. VII/VIII DA 03		einstimmig
<u>03 320 - Institut für öffentliche</u> <u>Verwaltung</u>		
<u>03 350 - Fachhochschule für öffentl.</u> <u>Verwaltung</u>		
<u>03 370 - Fortbildungsakademie</u>		
Der Innenminister wird gebeten, bis zum Frühjahr 87 darüber zu berichten, ob sich - analog zum Epl. 04 - Justizminister - eine Zusammenfassung der o.a. Kapitel positiv auf den <u>Personalbedarf auswirken könnte.</u>		einstimmig

B14
D-4-

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>03 350 - Fachhochschule für öffentliche</u> <u>Verwaltung</u> <u>Leerstellen</u> <u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. C 3 - Prof. <u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. C 2 - Prof.	SPD	einstimmig
<u>03 610 - Landesamt für Datenverarbei-</u> <u>tung und Statistik</u> <u>Titelgruppe 80 - Volks-, Berufs- und</u> <u>Arbeitsstättenzählung</u> Veranschlagung der bisher bei Titel 425 80 veranschlagten Personalausgaben bei Titel 427 80.		einstimmig
<u>03 620 - Gemeinsame Gebietsrechenzentren</u> Der Innenminister wird gebeten, bis Mai 1987 über die voraussichtliche Aufgabenentwicklung bei den gemeinsamen Gebietsrechenzentren zu berichten und darzustellen, welche langfristigen Auswirkungen sich hieraus auf den Personalbedarf ergeben. Bei der Erörterung dieser Darstellung im Landtag soll auch der zuständige Fachausschuß <u>beteiligt werden.</u>		<u>einstimmig</u>

25-
315

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>03 750 - Landesfeuerweherschule <u>Planstellen</u></p> <p>1. <u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 - Reg.-Amtmann</p> <p> <u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 - Regierungsinspek- tor</p> <p>2. Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 2 bei Titel 422 10</p> <p><u>Hinweis:</u> Die o.a. Änderungen entsprechen dem Antrag des Ressorts in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stel- lenpläne" und dienen der Haushaltsklar- stellung.</p>		<p>einstimmig</p>

28-15

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>03 820 - Landesrentenbehörde</u></p> <p><u>Angestellte</u></p> <p><u>Abgang: 4 Stellen für Angestellte,</u> davon 2 Stellen Verg.Gr. VIb/VII BAT, DA 02 und 2 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT, DA noch festzulegen.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 03:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktionen angenommen.</p>

Kapitel

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Verschiedene Kapitel

Zugang: 4 Stellen

davon

2 für den richterlichen
Dienst, z.B. für die
Bereiche "Bekämpfung
Umwelt- und Wirtschafts-
kriminalität" oder "Fi-
nanzgerichtsbarkeit"

und

2 für die Sozialen
Dienste, z.B. für die
Bereiche Justizvoll-
zug/Bewährungshilfe.

Die Ausbringung der Planstel-
len oder Stellen für beamtete
Hilfskräfte sollte jeweils im
Eingangsamtsamt (R 2 oder R 1
z.A. bzw. A 9 z.A.) erfolgen.
Je nach Abstimmungsergebnis
kommen die Kapitel 04 040 oder
04 080 und die Kapitel 04 040
oder 04 050 in Betracht.

CDU

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
Stimmen der CDU
abgelehnt.

~~5-2-~~
318

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Hinweis:</u> Bei der Beratung des Einzelplans 04 hatte sich für fast alle Zweige der Justiz ein erheblicher Personalfehlbedarf ergeben; besonders auffallend war der Fehlbedarf jedoch in den o. a. Bereichen. Deckung für diese 4 Stellen kann aus der Stellenabsetzung beim Innenminister, Kapitel 03 820, angeboten werden.</p>		
<p><u>Hinweis:</u> Der Rechtsausschuß hat den Personaletat mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen unverändert eingenommen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 04:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.</p>

EINZELPLAN 05 - KULTUSMINISTER

F
19
348

Kapitel

05 030 - Allgemeine überregionale
Finanzierungen

Titel 632 10

Die Landesregierung wird gebeten, hinsichtlich des Anteiles des Landes NW an den Kosten der Einrichtungen der Kultusministerkonferenz darauf hinzuwirken, daß sich auch diese Einrichtungen bei ihrer Stellenausstattung den für den übrigen Landeshaushalt geltenden Sparmaßnahmen unterwerfen.

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergebnis in der
Arbeitsgruppe

SPD

einstimmig

Verschiedene Kapitel

In der Sitzung der Arbeitsgruppe wurden Finanz- und Kultusminister gebeten, im Sinne von § 13 LHO die bisher vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen bzw. am 11.12.1986 noch zu beschließenden Umsetzungen von Planstellen für Lehrer gem. § 7 Abs. 6 HG 1986 bei der Drucklegung des Haushalts 1987 zu berücksichtigen. Da das Ressort eine Darstellung in Übersichtsform im Vorwort zum Einzelplan 05 zusagte, erübrigte sich ein besonderer Beschluß der Arbeitsgruppe.

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 05:

zurückgestellt
bis zur Sitzung
der Arbeitsgruppe
am 08.12.1986

F2 3²⁰
19

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>06 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen</u></p>		
<p>a)</p>		
<p><u>Planstellen</u></p>		
<p><u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 12 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 m.D. 1 Planstelle Bes.Gr. A 6 1 Planstelle Bes.Gr. A 5</p>		
<p><u>Angestellte</u></p>		
<p><u>Abgang:</u> 8 Stellen Verg.Gr. VII/VIII DA 06 1 Stelle Verg.Gr. IXb/X DA 07</p>		einstimmig
<p>b)</p>		
<p>Verwendung der Stellenabsetzung: Die SPD-Fraktion beantragte, daß die abgesetzten Stellen zur Deckung der neugeschaffenen Stellen im Kap. 06 085 eingesetzt werden.</p>	SPD	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU beschlossen.
<p>c)</p>		
<p>Die Landesregierung wird gebeten, bei den nach dem Staatsvertrag anstehenden Verhandlungen mit den Ländern über den Haushalt 1988 darauf hinzuwirken, daß für die künftig noch abzusetzenden Stel- len (derzeit 18 Stellen) ein "zentraler" kw-Vermerk ausgebracht wird.</p>		einstimmig

Fr-
322

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>06 085 - Kulturwissenschaftliches Institut</u> <u>Absetzung der 12 neuen Stellen.</u> (Begründung: Etatreife des Instituts für 1987 noch nicht gegeben.)	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt
<u>Hilfsweise:</u> <u>Ausbringung qualifizierter Sperrvermerke an diesen Stellen</u>	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt.
<u>06 142 - Medizinische Einrichtungen der RW TH Aachen</u> <u>Beamte, Angestellte und Arbeiter</u> <u>Der Haushaltsvermerk Nr. 4 bei Titel 429 00</u> "4. Nach den Angaben in den Erläuterungen sind von den Neuzugängen 27 Stellen für Angestellte gesperrt gemäß § 22 Satz 1 LHO. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministers besetzt werden" <u>entfällt.</u> Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern. (Beschluß zur Vorlage 10/712).		einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>06 212 - Medizinische Einrichtungen der Universität Essen</u> <u>Stellen für Auszubildende</u> (Schüler ohne Entgelt)</p> <p><u>Abgang:</u> 41 Stellen</p> <p>(Folgebeschluß zu Kapitel 06 020 = Einrichtung von 41 zusätzlichen Stellen für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz). (vgl. Kapitel 06 020 S. 2).</p>		einstimmig
<p><u>06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln</u></p> <p>Die Einrichtung der vom Sportausschuß (Vorlage 10/720) empfohlenen zusätzlichen Stelle für eine Bibliotheksangestellte (Verg.Gr. IVb/Vb) soll aus den "Konzen- trationsgewinnen" bei Kapitel 06 020 Ti- telgruppe 65 erfolgen.</p>		einstimmig

F-6-
324

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Allgemeiner Vorschlag zum Hochschulbe- reich</u> Der Minister für Wissenschaft und For- schung wird gebeten, das z.Zt. zu erar- beitende "Strukturkonzept" für die Hoch- schulen in den 90-iger Jahren im Früh- jahr 1987 neben dem Ausschuß für Wissen- schaft und Forschung auch dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Verfügung zu stellen.		einstimmig
<u>Gesamtabstimmung über Personal im Ein- zelplan 06:</u>		Zurückgestellt bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986

B 25
8/1

**EINZELPLAN 07 - MINISTER FÜR ARBEIT, GE-
SUNDHEIT UND SOZIALES**

Kapitel	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<u>07 010 - Ministerium</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
a) <u>Ausbringung</u> eines Vermerkes "davon 1 kw" bei den Planstellen der Bes.Gr. B 7.	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt.
b) <u>Abgang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. B 4 <u>Zugang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. B 2	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen die CDU abgelehnt.
<u>Leerstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. B 2 1 Leerstelle Bes.Gr. A 14		
<u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16 1 Leerstelle Bes.Gr. A 13	SPD	einstimmig

8-326

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>07 120 - Institut "Arbeit und Technik"</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Abgang:</u>		
2 Planstellen Bes.Gr. C 4		
<u>Angestellte</u>		
<u>Abgang:</u>		
2 Stellen Verg.Gr. Ia		
6 Stellen Verg.Gr. IIa		
2 Stellen Verg.Gr. IVa		
2 Stellen Verg.Gr. VIb		
1 Stelle Verg.Gr.		
VII/VIII		
(Begründung: Die Etatreife ist nicht gegeben)	CDU	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt
<u>Hilfsweise:</u>		
<u>Ausbringung qualifizierter Sperrvermerke an den o.a. Stellen.</u>	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

8-3-
327

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>07 210 - Landesarbeitsgerichte und</u> <u>Arbeitsgerichte</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. R 1 (Richter am Arbeitsge- richt)		
(Einstimmiger Beschluß des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales; vgl. Vorlage 10/649)		einstimmig
<u>07 330 - Dienststellen der Kriegsoffer-</u> <u>versorgung</u>		
<u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Abgang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. A 13 (Reg.-Medizinalrat)		
(Einstimmiger Bechluß des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales; vgl. Vorlage 10/649)		einstimmig
<u>Gesamtabstimmung über Personal im</u> <u>Einzelplan 07:</u>		Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositions- fraktionen angenommen

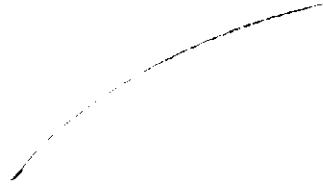
329

329

EINZELPLAN 08 - MINISTER FÜR WIRTSCHAFT,
MITTELSTAND UND TECHNO-
LOGIE

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<u>08 010 - Ministerium</u>		
<u>Leerstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16		
<u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15	F.D.P.	einstimmig
<u>08 310 - Staatl. Materialprüfungsamt</u>		
<u>Stellen für Auszubildende</u>		
<u>Zugang:</u> 4 Stellen für Verwal- tungsfachangestellte		einstimmig
<u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 08:</u>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositions- fraktionen ange- nommen.

330



JA 331

**EINZELPLAN 09 - MINISTER FÜR
BUNDESANGELEGENHEITEN**

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>09 010 - Ministerium</u></p> <p><u>Planstellen</u> Ausbringung eines kw-Vermerkes an einer Planstelle der Bes.Gr. B 7</p>	<p>CDU</p>	<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.</p>
<p><u>Hinweis:</u></p> <p>Der Einzelplan 09 wurde in der Sitzung des Hauptausschusses mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositions- fraktion angenommen.</p> <p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 09:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Op- positionsfraktio- nen angenommen.</p>

332



EINZELPLAN 10 - MINISTER FÜR UMWELT,
RAUMORDNUNG UND LAND-
WIRTSCHAFT

2-1
333

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p><u>10 010 - Ministerium u. andere</u></p> <p>Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, möglichst bis Mai 1987 über die Konzeption der Radioaktivitätsüberwachung im Hinblick auf den tatsächlichen Personalbedarf unter Berücksichtigung folgender Faktoren zu berichten:</p> <ul style="list-style-type: none">- Einteilung der anfallenden Aufgaben in Daueraufgaben, zusätzliche Aufgaben im Störfall und Aufarbeitungsaufgaben nach einem Störfall- Heranziehung eines Ländervergleichs. <p>Bei der Erörterung der Konzeption im Landtag sollen die Fachausschüsse beteiligt werden.</p>		einstimmig
<p><u>10 180 - Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung</u></p> <p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 16</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15</p>	SPD	einstimmig

7³³⁴₂₋

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>10 210 - Verwaltung für Agrarordnung</u> Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, die Verwaltung für Agrarordnung aufgabenkritisch zu überprüfen und über das Ergebnis bis Mai 1987 zu berichten.		einstimmig
<u>10 220 - Gewerbeaufsichtsämter</u> Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, bis Mai 1987 über die Ergebnisse der neuen Personalbedarfsberechnungen zu berichten.		einstimmig
<u>GesamtAbstimmung über Personal im Einzelplan 10:</u>		Die Abstimmung wurde wegen des fehlenden Votums des Fachausschusses auf den 08.12.1986 verschoben.

EINZELPLAN 11 - MINISTER FÜR STADTENT-
WICKLUNG. WOHNEN UND
VERKEHR

41
35

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
Keine Änderungen		
<u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 11:</u>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositions- fraktionen ange- nommen.

336

/

EINZELPLAN 12 - FINANZMINISTER

Z-11

837

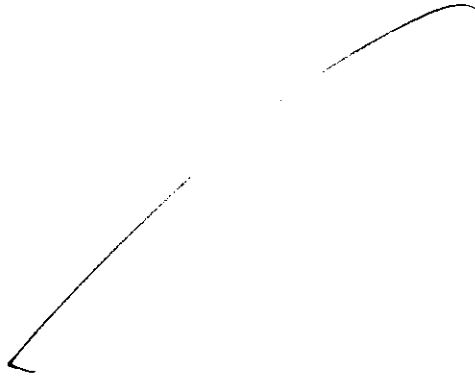
<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>12 010 - Ministerium</u>		
<u>Leerstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -Regierungsdirektor 1 Stelle Bes.Gr. A 12 -Amtsrat		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Bes.Gr. A 13 -Oberamtsrat		
<u>Erläuterungen:</u>		
<u>Zugänge:</u> - A 15 für Landtag; - A 12 für Tarifgemeinschaft deutscher Länder		
<u>Abgang:</u> - A 13 Europäische Gemeinschaft		einstimmig

Z-2- B 38

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>12 050 - Oberfinanzdirektion und Finanz- ämter</u> <u>Angestellte</u> <u>Streichung</u> des Vermerks "90 (-) Stellen ku in Hilfsstel- len für Steuerinspektoren z.A. (45) und für Steuerassistenten z.A.(45)" unter gleichzeitiger Ausbringung eines neuen Vermerks "45 kw ab 1.10.1989 und 45 kw ab 1.10.19- 90" bei den Stellen der Verg. Gr. VIb/VII (Dienststart 02)		einstimmig
<u>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungs- dienst</u> <u>Zugang:</u> 100 Stellen für Steueranwärter (Bes.Gr. A 5) <u>Erhöhung</u> der Einstellungsermächtigung für Steueranwärter (Bes.Gr. A 5) von 72 um 100 auf 172		einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>12 070 - Finanzbauverwaltung</u></p> <p>Die in der Eränzungsvorlage zum Haushalt (Drucksache 10/1470) aufgeführten zusätzlichen 165 Stellen für dieses Kapitel erhalten jeweils den Vermerk "kw ab 1.1.1992".</p> <p>(Entsprechender Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses vom 11.9.1986 aufgrund Vorlage des Finanzministers vom 2.9.1986 - Vorlage 10/540).</p>		einstimmig
<p><u>Stellen für Auszubildende</u></p> <p><u>Zugang:</u> 9 Stellen für Auszubildende (nicht verwaltungsbezogen)</p>		einstimmig
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 12:</u></p>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

340



4341

EINZELPLAN 13 - LANDESRECHNUNGSHOF

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>- Keine Änderung gegenüber dem Entwurf -</p> <p>Hinweis:</p> <p>Der Einzelplan wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.1986 einstimmig angenommen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 13:</u></p>		<p>Einstimmig angenommen.</p>

NA

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE

10/791

Vorlage

An den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Personaletat

-Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen
weiteren Änderungen einschließlich der Änderungen in den
personalwirksamen Teilen des Haushaltsgesetzes angenommen.

Bericht

Allgemeines

Wie ich bereits in meinem Bericht vom 5.12.1986 - Vorlage 10/651 - mitgeteilt habe, konnten in der Schlußsitzung der Arbeitsgruppe am 3.12.1986 nicht alle Einzelpläne abschließend beraten werden, insbesondere deswegen nicht, weil die Voten einiger Fachausschüsse zu dieser Sitzung noch nicht vorlagen.

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat sich daher am 8.12.1986 erneut mit dem Haushaltsgesetz und verschiedenen Einzelplänen befaßt.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gern bereit, auch diese Beschlußvorlage mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>1. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat um Prüfung gebeten, ob in das Haushaltsgesetz in § 7 Abs. 11 folgende Ermächtigung aufgenommen werden sollte:</p> <p>"Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses Planstellen für Beamte der Laufbahngruppe des mittleren Polizeivollzugsdienstes zu heben, wenn die durch Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2165) für diese Laufbahngruppe festgesetzten Obergrenzen für die Anteile der Beförderungssämter geändert werden."</p> <p>Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung durch die Bundesregierung in naher Zukunft eine Änderung erfährt, was zu einer Verbesserung der Besoldungssituation im Polizeivollzugsdienst führen könnte. Damit die Verordnung eine Ausschöpfung durch den Landesgesetzgeber erfährt, regt die CDU die Prüfung an. Dies fand einhellige Zustimmung.</p>	CDU	<p>Entsprechend der Diskussion in der Arbeitsgruppe kamen die drei Fraktionen überein, die Ergänzung des Haushaltsgesetzes noch nicht zu beschließen, sondern bis zur Sitzung des HFA zu vertagen.</p>

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>(noch Haushaltsgesetz)</p> <p>2. § 7a Abs. 3 Buchst.c) wird wie folgt neu gefaßt:</p> <p>(vgl. Anlage 1)</p> <p><u>Hinweis:</u> Der Ausschuß für Schule und Weiter- bildung hat diese Neufassung einstim- mig beschlossen; vgl. Vorlage 10/661.</p>		einstimmig
<p>3. Es wird folgender § 7a Abs. 4 neu eingefügt:</p> <p>(vgl. Anlage 2)</p> <p><u>Hinweis:</u> Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat diese Einfügung einstimmig beschlossen; (vgl. Vorlage 10/661).</p>		einstimmig

Anlage 1

PT
C5

1. Haushaltsgesetz

1.1 Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung empfiehlt einstimmig, der Haushalts- und Finanzausschuß möge folgende Fassung des § 7a Absatz 3 Haushaltsgesetz 1987 beschließen:

"(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushaltes als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freiwerdenden Stellen in Anspruch genommen werden

- a) (wie bisher)
- b) (wie bisher)
- c) abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers

- zur unbefristeten Einstellung der 1984 und 1985 auf nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freigemachten Stellen befristet eingestellten Lehrer, und zwar mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten 2 Jahre bei den 1984 eingestellten Lehrern und für die ersten 3 Jahre bei den 1985 eingestellten Lehrern,
- bis zu 280 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die in den Jahren 1980 bis 1984 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind sowie zur unbefristeten Einstellung bisher nebenberuflich beschäftigter Lehrer bei den Kapiteln 05 410 und 05 440 nach Festlegung durch den Kultusminister,
- bis zu 300 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen; davon bis zu 200 Planstellen bei Kapitel 05 390, bis zu 90 Planstellen bei Kapitel 05 410 und bis zu 10 Planstellen bei Kapitel 05 440,
- darüber hinaus mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags weitere Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit drei Vierteln der Pflichtstundenzahl für die ersten zwei Jahre zur Verbesserung des Unterrichtsangebotes in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen, soweit die freiwerdenden Stellen nicht durch Ersatzeinstellungen in Anspruch genommen worden sind.

§ 47 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung."

P3
C7

Begründung

Durch die Gesetzesänderung (erster Spiegelstrich) soll erreicht werden, daß alle Lehrerinnen und Lehrer, die in den Jahren 1984 und 1985 in der Regel auf drei Jahre befristet auf Stellen eingestellt worden sind, die nach § 78 b Landesbeamtengesetz durch die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung frei gemacht worden sind, nunmehr in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Dabei sollen die aufgrund der Haushaltsgesetze 1984/85 auf zwei Drittel der Pflichtstundenzahl begrenzten Beschäftigungsverhältnisse für 1984 eingestellte Lehrerinnen und Lehrer für die Dauer von zwei Jahren und für die 1985 eingestellten Lehrerinnen und Lehrer für die Dauer von drei Jahren auf drei Viertel der Pflichtstundenzahl aufgestockt und anschließend in Beschäftigungsverhältnisse mit voller Pflichtstundenzahl umgewandelt werden.

Die in den Spiegelstrichen zwei und drei getroffenen Regelungen entsprechen dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses vom 5. November 1986 (Ausschußprotokoll 10/401) über die Verwendung des sich aus § 78 b LBG im Jahre 1986 ergebenden Saldierungsgewinns. Die Aufnahme dieser Bestimmung in das Haushaltsgesetz 1987 ist erforderlich, weil die Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1986 für die beschlossene Verwendung der Stellen, insbesondere die Aufstockung der Verträge, keine ausreichende Rechtsgrundlage bieten.

Der vierte Spiegelstrich enthält die entsprechende Bestimmung zur Verwendung von im Jahre 1987 sich ergebenden Saldierungsgewinnen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

RH
C 8

Anlage 2

1.2 Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung empfiehlt einstimmig, der Haushalts- und Finanzausschuß möge folgende Fassung des § 7 a Absatz 4 Haushaltsgesetz 1987 beschließen:

"(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags bei Auflösung von Ersatzschulen und Fortführung des Schulbetriebs durch einen öffentlichen Schulträger die erforderlichen Planstellen und Stellen für Lehrer in dem jeweiligen Schulkapitel einzurichten."

Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.

Begründung

Um im laufenden Haushaltsjahr bei unvorhersehbaren Schließungen von privaten Ersatzschulen und Übernahme der Schule durch einen öffentlichen Schulträger haushaltsmäßig flexibel reagieren zu können, ist eine allgemeine Ermächtigung in das Haushaltsgesetz aufzunehmen. Bei solchen Schulträgerwechseln entstehen für den Landeshaushalt insgesamt keine Mehrbelastungen, da es sich nur um eine Verlagerung der Mittel aus dem Ersatzschulhaushalt in das Kapitel öffentliche Schulen handelt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

627
C3

Kapitel

03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Planmäßige Beamte

Zugang

4 Planstellen Bes.Gr. A 16
- Ltd.Reg.Schuldirektor-
als Dezernent (Referent)
in der Schulaufsicht auf
Bezirksebene
dazu

Erweiterung des Haushaltsvermerks

"davon 4 (-) ku ab 1.1.1988 nach
Bes.Gr. A 15

die ku-Vermerke gelten nur für Plan-
stellen in der Schulaufsicht über Gymna-
sien, Gesamtschulen, berufsbildenden
Schulen und Kollegschulen."

Abgang

4 Planstellen Bes.Gr. A 15
- Reg.Schuldirektor-
als Dezernent (Referent)
in der Schulaufsicht auf
Bezirksebene

Hinweis:

Empfehlung des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung an den Haushalts- und

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe

Mit den Stimmen
von SPD und CDU
bei Enthaltung
der F.D.P.
angenommen.

A-2-
E9 C10

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Finanzausschuß und den Ausschuß für Innere Verwaltung, die mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die der F.D.P.-Fraktion beschlossen wurde; vgl. Vorlage 10/661. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat diese Empfehlung nicht beraten.

Weiterer Hinweis:

Die Befristung des ku-Vermerkes ("ab 1.1.1988") wird vorgeschlagen, um die Besetzbarkeit der 4 neuen A 16-Stellen haushaltsrechtlich zu ermöglichen. Bereits im Haushalt 1985 sind 12 Stellen für Schuldezernenten gehoben worden; damals ist entsprechend verfahren worden.

EINZELPLAN 05 - KULTUSMINISTER

C 11
RA

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>05 010 - Ministerium</u></p> <p><u>1. Hinweis:</u> In der Sitzung am 3.12.1986 wurde darauf hingewiesen, daß der Sportausschuß einvernehmlich beschlossen habe, zusätzlich eine Stelle für eine beamtete Hilfskraft (Bes.Gr. A 13 z.A.) einzurichten. Die Beschlußempfehlung des Sportausschusses zum Einzelplan 05 (vgl. Vorlage 10/662) weist einen solchen Beschluß nicht aus. Nach Abstimmung der drei Fraktionen in der Sitzung der Arbeitsgruppe am 8.12.1986 wurde ein Beschluß über die o.a. Stelle bis zur Sitzung des HFA vertagt.</p>		
<p><u>2. Leerstellen</u> <u>Zugang</u> 1 Leerstelle für einen außertariflichen Angestellten</p>	SPD	einstimmig

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 05:

Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

C12



CA3
SA

EINZELPLAN 06 - MINISTER FÜR WISSEN-
SCHAFT U. FORSCHUNG

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>06 010 - Ministerium</u></p> <p><u>Leerstellen:</u></p> <p><u>Abgang</u></p> <p style="padding-left: 40px;">1 Leerstelle Verg.Gr. I BAT</p>	SPD	einstimmig
<p><u>06 020 - Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>1. <u>Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Personalausgaben - allgemein - erhält folgende Fassung:</u></p> <p style="padding-left: 40px;">"In den Kapiteln der Universitäten, Universitäten - Gesamthochschulen -, der Sporthochschule, der Kunsthochschulen, der Fachhochschulen <u>und der sonstigen Einrichtungen im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung</u> sind 165 Stellen zum 1. März 1987 kw."</p> <p style="padding-left: 40px;">Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend zu ändern.</p> <p style="padding-left: 40px;"><u>Begründung:</u></p> <p style="padding-left: 40px;">Bei der Drucklegung des Entwurfs 1987 wurde irrtümlich die vorgesehene Erweiterung des kwVermerks gegenüber 1986 nicht aufgenommen.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u></p> <p>Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß

S2-C 14

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch Kapitel 06 020)</p> <p>2. <u>Der Haushaltvermerk Nr. 3 zu Titel 422 10 erhält folgende Fassung:</u></p> <p>"Die nach Haushaltsvermerk Nr. 2 zu den Personalausgaben dieses Kapitels einzurichtenden Stellen für Professoren können mit Zustimmung des Finanzministers in das jeweilige Hochschulkapitel umgesetzt werden."</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Vermerk wurde irrtümlich nach den Kabinettsberatungen zum Haushaltsplanentwurf 1987 nicht korrigiert.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie im Fach- ausschuß</p>

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch Kapitel 06 020)		
3. <u>Planmäßige Beamte</u>		
Titel 422 10		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle der Bes.Gr. C 4 - Professor (ohne Besoldungsauf- wand)		
Die <u>Erläuterungen</u> sind ent- sprechend zu ändern.		
<u>Begründung:</u>		
Mit Zustimmung des Finanzmi- nisters wurde 1986 gem. Haus- haltsvermerk Nr. 2 bei Titel 422 10 des Kapitels 06 020 un- ter entsprechender Widmung 1 Stelle Bes.C 4 - Professor ohne Besoldungsaufwand - nach Kapi- tel 06 230 umgesetzt mit der Maßgabe, daß diese Stelle nur nach Bes.Gr. C 3 in Anspruch genommen werden dürfe. (vgl. Kapitel 06 230 S. 18)		
<u>Beschluß des Ausschusses für</u>		
<u>Wissenschaft und Forschung:</u>		
Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.		
		Gleiches Abstim- mungsergebnis wie Fachausschuß

St. C 16

<u>Kapitel</u>	Antrag der <u>Frakt.</u>	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 06 020)		
<u>Titelgruppe 65</u>		
a) <u>Verteilung</u> der im Zuge der Kon- zentrationenmaßnahmen im Jahre 1986 freigewordenen Stellen nach Maßgabe der Vorlage 10/750 (als Anlage 2 der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschus- ses für Wissenschaft und For- schung zum Epl. 06 - beigefügt) mit folgenden Änderungen:		
aa) Verwendung des Stellenzugangs bei Kapitel 06 151 (Topf 2, 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa) <u>nicht für</u> Mikroelektronik <u>sondern für</u> Umwelttechnik (Schadstoffausbringung im Grundwasser)		
ab) Der Zugang (Topf 2) von 3 Stel- len bei Kapitel 06 172 (Klini- kum Düsseldorf) entfällt. Dafür wird jeweils ausgebracht 1 Angest.Stelle Verg.Gr. Ib/IIa (Zeitangestellte DA 01) bei Kapitel 06 121 (Universität Münster) für Geographie (Schad- stoffausbreitung in der Luft), Kapitel 06 211 (Universität - GH - Essen) für Koordinierungs- stelle Frauenstudien und bei Kapitel 06 240 (Universität - GH - Siegen) für Mikroelektro- nik		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 020) (noch Titelgruppe 65)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend an- zupassen.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von CDU und F.D.P. beschlossen.</p>		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß
<p>b) <u>Absetzung</u> von 15 Stellen in den einzelnen Hochschulkapiteln nach Maßgabe der <u>Anlage 1</u>. Diese Stellen sind im Laufe des Haushaltsjah- res 1986 nach der Drucklegung des Haushaltsentwurfes in das Kapitel 06 020 Titelgruppe 65 umgesetzt und gemäß Vorlage 10/750 wieder verteilt worden. Die Absetzungen in den ver- schiedenen Hochschulkapiteln müssen noch erfolgen.</p>		Die Absetzung wurde wie vorgelegt bestätigt.
<p>c) <u>Streichung</u> des Stellenabgangs von 12 Stellen zugunsten des Kapitels 06 085. <u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		einstimmig

C 18
S 5-

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 020) (noch Titelgruppe 65)</p> <p><u>Verteilung</u> der 12 Stellen aus den sogenannten Konzentrationsgewinnen auf verschiedene Hochschulkapitel gem. Vorlage 10/782 (als <u>Anlage 3</u> der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zum Epl. 06 - beigefügt).</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß
<p>Die erforderliche Personalausstattung des Kulturwissenschaftlichen Instituts - Kapitel 06 085 - erfolgt durch die Stellenabsetzung beim Kapitel 06 071 "ZVS".</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen beschlossen.</p>		Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß

S-8-
C21

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 071)</p> <p><u>Angestellte:</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>9 Stellen Verg.Gr. VIb, DA 03 (Umwandlung aus Verg.Gr. IVb/Vb)</p> <p><u>Abgang:</u></p> <p>11 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb, DA 03 (davon 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 06 160 und 9 infolge Umwandlung in Verg.Gr. VIb)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u></p> <p>Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß
<p><u>Zentrale kw-Vermerke:</u></p> <p>Infolge der weiteren 6 Stellenabgänge sind noch 12 Stellen mit einem "zentralen" kw-Vermerk zu versehen. (Vgl. Vorlage 10/651).</p>		einstimmig

Sto-
C22

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<u>06 111 - Universität Bonn</u> <u>Planmäßige Beamte</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. C 4 (Zoologie) (Deckung bei Kap. 06 060)		
1 Planstelle Bes.Gr. C 3 (Studiengang "Übersetzen" -orientalische Sprachen -japanisch) (Umwandlung aus C 4-Stelle "Allgem. Sprachwissenschaft")		
1 Planstelle Bes. A 11 -Regierungsamtmann (Verlagerung aus Kapitel 06 071)		
<u>Abgang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. C 4 (Allgem. Sprachwissenschaft) -Umwandlung in C 3-Stelle		
1 Planstelle Bes.Gr. A 10 -Regierungsoberinspektor (Absetzung einer freien Stel- le als Ausgleich für einen Zugang bei A 11)		

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p>(noch 06 111)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen,</p>		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß
<p><u>06 132 - Medizinische Einrichtungen der Universität Köln</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Akademischer Rat</p> <p><u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. C 2 -Professor auf Zeit</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Erfüllung der Auflagen des am 1.1.1987 neu inkrafttretenden Tierschutzgesetzes wird gebeten, bei den Medizinischen Einrichtungen der Universität Köln eine Stelle für einen Akademischen Rat der Bes.Gr. A 13 für einen Tierschutzbeauftragten auszubringen.</p>		

ST2-
C24

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frak.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 132)</p> <p>Zur Vermeidung einer Stellenausweitung soll dafür 1 Stelle der Bes.Gr. C 2 - Professor auf Zeit - beim Institut für Normale und Pathologische Physiologie (Vorklinische Medizin) abgesetzt werden.</p> <p><u>Beschluß des Ausschusses für Wissen- schaft und Forschung:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß</p>
<p><u>06 142 - Medizinische Einrichtungen der RW TH Aachen</u></p> <p><u>Beamte, Angestellte und Arbeiter</u></p> <p>a) <u>Zugang</u> von 79 Stellen entsprechend Seiten 8-10 der Vorlage 10/663 - Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zum Epl. 06 - .</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>	SPD	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrak. angenommen.
<p><u>Hilfsweise:</u> b) Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes an allen 79 Stellen</p>	CDU	Mit den Stimmen der SPD gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.

<u>Kapitel</u>	Antrag der <u>Frakt.</u>	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 142)</p> <p>c) Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes an 16 Stellen, und zwar für die Bereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung (3) - Wachdienst (8) - Küchenbetriebe (1) - Neuropathologie (2) - Pathologie (2) 	<p>SPD</p>	<p>einstimmig</p>
<p><u>06 160 - Universität Dortmund</u> <u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Umwandlung</u> einer bei der Mathematischen Abteilung vorhandenen C 4-Stelle - Didaktik der Mathematik - in eine C 4-Stelle für den zusätzlichen Studiengang "Logistik".</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		<p>einstimmig</p>
<p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Regierungsinspektor- (Verlagerung aus Kapitel 06 071)</p>		

STG-
C2b

Kapitel

(noch 06 160)

Abgang:

1 Planstelle Bes.Gr. A 10
-Regierungsoberinspektor
(2 Abgänge infolge
Realisierung von
kw-Vermerken und
1 Zugang - Verlagerung -
aus Kap. 06 071) dazu:

Neufassung des Haushaltsver-
merks bei Bes.Gr. A 10:

"davon 1(3) kw
davon 1(-) kw nach Ausscheiden
eines 1987 von der ZVS über-
nommenen Stelleninhabers".

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:

1 Stelle Bes.Gr. A 9
-Regierungsinspektor z.A.-
(Wegfall als Ausgleich für
Zugang bei Planstellen
Bes.Gr. A 9)

Angestellte

Zugang:

2 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb
(Dienststart 06)
(Verlagerung aus Kap. 06 071)
Ausbringung eines Vermerks
bei diesen 2 Stellen:

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe

S 15-
C 27

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 160)</p> <p>"Davon 2(-) kw nach Ausscheiden der 1987 von der ZVS übernomme- nen Stelleninhaber".</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		Abstimmungsergeb- nis wie Fachaus- schuß
<p><u>06 172 - Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf</u></p> <p><u>Leerstellen</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Stelle Bes.Gr. C 3 (Professor für Biometrie)</p> <p><u>Begründung:</u> Das Diabetes Forschungsinstitut an der Universität Düsseldorf wird nach der sog. Blauen Liste zu 50 % vom Bund mit- finanziert. Zwei der drei Abteilungslei- ter sind ordentliche Professoren der Universität Düsseldorf, und zwar der Leiter der Klinischen Abteilung und der Leiter der Biochemischen Abteilung. Der Leiter der Abteilung Biometrie ist nicht bei der Universität angebunden. Darauf wird zurückgeführt, daß die Lei-</p>		

S¹⁶-
C28

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 06 172)</p> <p>tung dieser Abteilung in den letzten Jahren mehrmals vakant wurde, so zur Zeit wieder. Dies ist der wissenschaftlichen Kontinuität nicht zuträglich.</p> <p>Aus diesem Grunde hat der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme, die er im Auftrag der BLK abgegeben hat, gefordert, für den Leiter der Abteilung Biometrie eine Leerstelle nach C 3 bei der Universität auszuweisen, damit er an die Universität berufen und nach dem sog. Jülicher Modell zur Dienstleistung an das Diabetes-Forschungs-Institut beurlaubt werden kann. Die wissenschaftliche Potenz des Instituts wird hierdurch gestärkt.</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.</p>		<p>Abstimmungsergebnis wie Fachausschuß</p>
<p><u>06 211 - Universität Gesamthochschule Essen</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u></p> <p><u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 13 -Studienrat im Hochschuldienst (für den Brückenkurs Deutsch) zugleich</p>		

S 17-
C 29

	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>Kapitel</u> (noch 06 211)</p> <p><u>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks bei der neuen Stelle:</u> "davon 1(-) für Brückenkurse"</p> <p><u>Angestellte</u></p> <p><u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT (Dauerangestellte) (Umwandlung in Planstelle)</p> <p><u>Beschluß Fachausschuß:</u> Einstimmig.</p>		einstimmig
<p><u>06 220 - Universität - Gesamthochschule Duisburg</u></p> <p><u>Leerstellen:</u></p> <p><u>Zugang:</u> 1 Stelle Bes.Gr. A 7 (Regierungsobersekretär)</p> <p><u>Begründung</u> Bei der Universität - Gesamthochschule - Duisburg ist durch den Mutterschaftsur- laub einer Regierungsobersekretärin im Verwaltungsbereich ein Engpaß entstanden, der durch eine Leerstelle ausgeglichen werden soll.</p>		

STB-
C30

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 06 220) <u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß
<u>06 230 - Universität - Gesamthochschule Paderborn</u> <u>Planmäßige Beamte</u> <u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. C 3 -Professor (ohne Besoldungsaufwand) dazu <u>Haushaltsvermerk:</u> "Davon 1(-) ohne Besoldungsaufwand Davon 1(-) kw am 30.09.1991" Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend zu ergänzen. <u>Begründung:</u> (vgl. Kapitel 06 020, dort Nr. 3 - Seite 3) (Stiftungsprofessur Hochdruckphysik) <u>Beschluß Fachausschuß:</u> Mit den Stimmen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU beschlossen.		Abstimmungsergeb- nis wie Fachauss- schuß

S¹⁹⁻
C31

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p><u>06 520 - Staatl. Kunstakademie Düsseldorf</u></p> <p><u>Planmäßige Beamte</u> <u>Zugang:</u></p> <p>1 Planstelle Bes.Gr. A 11</p> <p><u>Hinweis:</u> Es handelt sich um eine Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO im Haushaltsvollzug 1986. Die Umsetzung ist bei dem abgeben- dem Kapitel 06 071 im Rahmen des "Zeh- nerblocks" dargestellt, vgl. Seiten 7 und 8, muß hier jedoch noch nachvollzogen werden.</p>		einstimmig
<p><u>06 040 - Forschungsförderung</u> Titel 685 34 (Forschungsinstitut für Rationalisierung e.V. Aachen)</p> <p>Die <u>Erläuterungen</u> sind entsprechend der <u>Anlage 2</u> zu ändern.</p>		einstimmig
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 06:</u></p>		Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrak. angenommen.

C32

C 33
#1

Anlage 1 zu Einzelplan 06

Nach Erstellung des HPI-Entwurfs 1987 frei-
gewordene Konzentrationsstellen

422 10:

Kapitel 06 141	2 C 1 - Hochschulassistent - 2 A 14 - OStR i.H. -
Kapitel 06 151	1 C 2 - Professor a. Z. -
Kapitel 06 171	1 A 13 - Akad. Rat -
Kapitel 06 710	2 C 2 - Professor - 1 A 12 - Fachlehrer - - 9 =

425 10:

Kapitel 06 111	1 IVb/Vb - DA 04 - 1 VIb/VII - DA 07 -
Kapitel 06 141	1 VIb/VII - DA 03 - 1 VIb - DA 07 -
Kapitel 06 211	1 Ib/IIa - DA 01 - Zeitangestellter - - 5 =

426 10:

Kapitel 06 670	1 Lohngr. II - DA 03 - =
----------------	-----------------------------

Insgesamt: 15
==

C 34
2/1

Anlage 2 zum Einzelplan 06

Kap. 06040 Titel 685 34 - Forschungsinstitut
für Rationalisierung e.V.

Zur Klarstellung sollte in die Erläuterungen folgender
Text aufgenommen werden:

Neben den Ausgaben für die ausgebrachten 33 (40) Stellen
des institutionellen Haushalts ist in den Personalausgaben
ein Betrag für 21 (14) Stellen des Auftragshaushalts (Dritt-
mittel) veranschlagt.

Personalausgaben institutioneller Haushalt

<u>1987</u>	<u>1986</u>	<u>+/-</u>
1.561.900 DM	1.367.500 DM	+ 194.400 DM

Personalausgaben Auftragshaushalt (Drittmittel)

<u>1987</u>	<u>1986</u>	<u>+/-</u>
2.445.000 DM	2.199.500 DM	+ 245.500 DM

Die Erhöhungen sind erforderlich geworden durch die Tarif-
steigerungen und eine Unterdeckung aus den Jahren 1985 und 1986.

EINZELPLAN 10 - MINISTER FÜR UMWELT,
RAUMORDNUNG UND LAND-
WIRTSCHAFT

C 35

HA

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>10 200 - Landesamt für Wasser- und Abfall</u>		
<u>Angestellte</u>		
<u>Zugang:</u>		
2 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa DA 01		
3 Stellen Verg.Gr. III DA 01		
2 Stellen Verg.Gr. Vc/VIb DA 04		
1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII DA 01		
<u>Begründung:</u>		
Die Einrichtung der genannten Stellen ist erforderlich, um das Landesamt für Wasser und Abfall in die Lage zu verset- zen, die Kommunen in schwierigen und dringenden Fällen bei der Untersuchung und Beurteilung "altlastenverdächtiger" Flächen zur Gefährdungsabschätzung sowie bei der Sanierung und Überwachung zu be- raten und zu unterstützen.		
Die Kommunen sind fachlich und personell überfordert; der notwendige hochspezia- lisierte Sachverstand muß an einer zen-		

Kapitel

(noch 10 200)

tralen Stelle bereitgestellt und koordiniert werden.

Hinweis:

Es handelt sich um einen Beschluß des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, der mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen gefaßt wurde: (vgl. Vorlage 10/670).

Weiterer Hinweis:

In der Sitzung der Arbeitsgruppe wurde von der SPD-Fraktion angekündigt, daß evtl. weitere Stellen für das LWA zur Überwachung der Gewässerreinigung in der HFA-Sitzung beantragt werden, ggf. mit einem qualifizierten Sperrvermerk.

10 210 - Verwaltung für Agrarordnung

Um etwaigen Parlamentsentscheidungen im Haushalt 1988 über die künftige Stellan- ausstattung der Verwaltung für Agrarord- nung nicht vorzugreifen, sollten bis zum Haushalt 1988 alle freiwerdenden Plan- stellen und Stellen nicht wieder besetzt werden.

Die Vertreter des Ministeriums hatten in der Sitzung am 3.12.1986 eine Entschei- dung in dieser Angelegenheit für die Sitzung am 8.12.1986 in Aussicht ge-

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis in der
Arbeitsgruppe

Abstimmungsergeb-
nis wie Fachaus-
schuß

~~12~~
C37

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 210)</p> <p>stellt. Entsprechend der Erklärung in dieser Sitzung sieht der Minister sich außerstande, eine solche Selbstbindung zu erklären, dies insbesondere deswegen, weil ohnehin noch eine erhebliche Zahl von kw-Vermerken zu realisieren ist. Das Ressort wurde daraufhin gebeten, diese Entscheidung nochmals zu überdenken und bis zum 11.12.1986 eine Bereitschaftserklärung in Richtung einer zumindest begrenzten Selbstbindung abzugeben.</p>		
<p><u>10 220 - Gewerbeaufsichtsämter</u> <u>Beamtete Hilfskräfte</u> <u>Zugang:</u></p> <p>5 Stellen Bes.Gr. A 13 -Regierungsgewerberäte z.A.</p>	SPD	Die Entscheidung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion auf den 11.12. verschoben.
<p><u>Beamte auf Widerruf</u> <u>Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen:</u></p> <p>10 Stellen für Gewerbe- referendare Eingangssamt A 13</p>	SPD	Die Entscheidung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion auf den 11.12. verschoben.

V-4-
C38

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 220)</p> <p><u>Hinweis:</u> Diese Anträge wurden am 8.12.1986 von der SPD-Fraktion gestellt, die Deckung soll aus dem Kapitel 10 260 erfolgen; ein entsprechender Vorschlag wird von den Ressortvertretern am 11.12.1986 vorgelegt werden.</p>		
<p><u>10 260 - Landesforstverwaltung</u> <u>Titelgruppe 70</u></p> <p>1. Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird gebeten, im Rahmen des Haushaltes 1988 eine Bereinigung des Ausgabeansatzes für 426 70 - Löhne für Waldarbeiter - in der Form vorzunehmen, daß dort tatsächlich nur noch die Löhne für das Stammpersonal und die sonstigen Waldarbeiter veranschlagt werden. Gleichzeitig ist eine Bereinigung des Stellensolls um die nicht benötigten Stellen für Waldarbeiter vorzusehen.</p> <p>Alternativ zu der Veranschlagung beim Titel 426 70 könnte geprüft werden, ob eine Veranschlagung beim Titel 427 (Löhne für Aushilfen) erfolgen sollte.</p>		<p>einstimmig</p>

✓ 15-
C39

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe</u>
<p>(noch 10 260) (noch Titelgruppe 70)</p> <p><u>2. Arbeiter</u></p> <p>a) <u>Abgang</u> 12 Stellen</p> <p><u>Begründung:</u> Deckung für Stellenzugänge bei Kapitel 10 200.</p> <p><u>Hinweis:</u> Beschluß des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen gefaßt wurde; vgl. Vorlage 10/671.</p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Op- positionsfraktio- nen angenommen.</p>
<p>b) <u>Abgang</u></p> <p>Anzahl der Stellen als Deckungsvorschlag für evtl. weitere Stellen im Kapitel 10 200 und im Kapitel 10 220 (5 A 13-z.A.) noch festzulegen.</p>		
<p><u>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 10:</u></p>		<p>Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die CDU-Fraktion bei Abwesenheit der F.D.P.-Fraktion angenommen.</p>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
14 630	<u>Liegenschaftsvermögen</u>			
783 00	Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstr. 2 und Reichsstr. 43 und 45 in Düsseldorf (Vorarbeitskosten)	4.500.000	-	4.500.000
	<u>Haushaltsvermerk:</u> Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.			
784 00	Umbau des Gebäudes Elisabethstr. 5 in Düsseldorf zur Unterbringung der Landesregierung (Vorarbeitskosten)	700.000	-	700.000
	<u>Haushaltsvermerk</u> Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.			
	<u>Abschluß Einzelplan 14:</u>			
	Gesamteinnahmen:	53.262.414.500	+ 120.000	53.262.534.500
	Gesamtausgaben:	20.455.283.400	- 3.000.000	20.452.283.400
	Verpflichtungsermächtigungen:	1.378.200.000	-	1.378.200.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>14 020</u>	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
371 10	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlußsummen des Haushaltsplans	237.800	+ 120.000	357.800
972 10	Minder Ausgaben in allen Einzel- plänen zum Ausgleich des Haus- haltsplans	- 365.700.000	- 5.000.000	- 370.700.000
<u>14 030</u>	<u>Gemeindeanteil an der Einkommen- steuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</u>			
653 10	Zuweisungen an den Kommunalverband Ruhrgebiet (Haushaltsvermerk unverändert)	-	+ 2.000.000	2.000.000
883 13	Zuweisungen für die Durchführung des Schulbauprogramms (Haushaltsvermerk unverändert)	229.400.000	- 10.000.000	219.400.000
883 32	Zuweisungen zu Abwassermaßnahmen (Haushaltsvermerk unverändert)	274.000.000	+ 10.000.000	284.000.000

Anlage zur Drucksache 10/1434

D 1

Anderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1987

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen